

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH,
Frankfurt/Main

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nr. 2/1988 – Juni

Der konjunkturelle Horizont in der Bundesrepublik und in der kapitalistischen Welt hat sich in den letzten Monaten wieder etwas aufgehellt. Die unmittelbar nach dem Börsenkrach vom Oktober 1987 umgehende Rezessionsfurcht ist zwar nicht verschwunden, aber vordergründig wieder einem gewissen Wachstumsoptimismus gewichen. Die jüngsten Wirtschaftsprognosen – darunter die internationale der OECD und die der Wirtschaftsforschungsinstitute für die BRD – sind wieder etwas positiver gestimmt.

Was die Bundesrepublik betrifft, so haben sich die verfügbaren Daten über Produktion und Auftragseingänge in den ersten Monaten des Jahres in der Tat deutlich gebessert. Dies darf aber nicht überbewertet werden: Denn – im Gegensatz zu den Vorjahren – hat der milde Winter die Wirtschaftstätigkeit saisonal gestützt. Es ist nicht damit zu rechnen, daß sich dieser Trend auch im Frühjahr/Sommer fortgesetzt hat. Die etwas verbesserten Wachstumsperspektiven für 1988 – es wird nun ein Realwachstum von etwa zwei Prozent erhofft – stützen sich in erster Linie auf den stabilen privaten Verbrauch. In der Tat steigen die Realeinkommen der Beschäftigten weiter an, auch die Kaufkraft der Sozialeinkommen nimmt wieder zu. Eine Verlangsamung dieses wichtigen konjunkturstabilisierenden Trends wird nun frühestens für das zweite Halbjahr 1988 erwartet – dies hängt vor allem mit den stabilen Importpreisen, insbesondere den Energiepreisen, zusammen. Ab der Jahresmitte aber ist davon auszugehen, daß sich der Aufwärtstrend in den Verbraucherpreisen deutlicher bemerkbar macht.

Große Hoffnungen werden auch wieder auf den Export gesetzt: Ihm wird 1988 ein Realwachstum von drei Prozent zugetraut. Dies muß aber als recht optimistische Variante gelten. Denn im Welthandel nimmt lediglich die Nachfrage der südostasiatischen Staaten deutlich zu. Aus Westeuropa, dem für die BRD mit Abstand wichtigsten Absatzmarkt, können dagegen kaum positive Nachfrageimpulse erwartet werden.

Alles in allem scheint sich die Auslaufphase des Konjunkturzyklus, der mit der Krise von 1980/82 begonnen hatte, etwas zu verlängern – wesentlich eine Folge des „Stabilitätsimports“ bei den Preisen.

Trotzdem ist absehbar, daß die Wirtschaft der Bundesrepublik in eine rezessive Phase der Konjunktur eintritt.

Wenn von einer neuen „Rezession“, einem „Abschwung“ oder einer „zyklischen Krise“ 1988/89 gesprochen wird, dann ist damit aber keineswegs eine den Verläufen von 1974/75 bzw. 1980/82 vergleichbare Entwicklung gemeint. Derzeit ist eher zu erwarten, daß die Funktion einer zyklischen Bereinigung konjunktureller Ungleichgewichte auch im Rahmen einer längeren Stagnationsphase erfüllt werden kann. Für einen milden Krisenverlauf spricht zunächst die Tatsache, daß die niedrigen Energie- und Rohstoffpreise die Konsumtion stabilisiert haben – während gerade dieser konjunkturell wichtige Faktor durch die zweimaligen Ölpreisanhebungen 1973/74 und 1979/80 destabilisiert worden war. Zudem ist das Niveau der Rationalisierungsinvestitionen, welche gegenüber dem Absatz relativ unabhängig sind, vor dem Hintergrund günstiger Unternehmensgewinne hoch geblieben; der Investitionszyklus als Kern des gesamten Konjunkturzyklus ist dieses Mal nur schwach ausgeprägt. Die Schwäche der Erweiterungsinvestitionen war allerdings auch der Grund für einen außerordentlich schwachen Aufschwung in den Jahren 1983 bis 1987.

Während diese Momente für eine schwache Krise sprechen, hat sich vor allem international ein Risikopotential angesammelt, dessen Aktivierung die Szenerie schlagartig ändern könnte. Dazu gehört an erster Stelle die Labilität der Geld- und Kapitalmärkte. In den letzten Wochen haben allmählich wieder anziehende Verbraucherpreise die ohnehin latenten Inflationsängste belebt. Steigende Kapitalmarktzinsen, scharfe Kursveränderungen an wichtigen internationalen Börsen – vor allem in den USA – haben die Tatsache ins Bewußtsein gehoben, daß auf den internationalen Finanzmärkten unkontrollierbare Prozesse die Weltwirtschaft bedrohen. Die jüngsten Ereignisse auf den neuen, unregulierten Finanzmärkten werfen nach Ansicht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel „grundsätzliche Fragen hinsichtlich der Fähigkeit des Finanzsystems auf, größeren Erschütterungen standzuhalten, wie sie von einem plötzlichen und allgemeinen Zinsanstieg ausgehen könnten“. Die rasche Expan-

sion der internationalen Liquidität, die inflationäre Ausweitung der Geldmenge hat bislang nur die Preise auf den Wertpapiermärkten hochgetrieben und somit zu einem niedrigen Nominalzinsniveau beigetragen. Selbst eine zunächst mäßige Belebung von Inflationstendenzen bei den Warenpreisen könnte aber rasch neue Inflationserwartungen wecken und zu kräftigen Zinserhöhungen führen. Wie die Finanzmärkte bei ihrer „äußerst hohen Sensibilität“ (Dresdner Bank) darauf reagieren würden, ist völlig unabsehbar.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Industriebranchen
- 1.4 Geld- und Kapitalmarkt
- 1.5 Investitionen
- 1.6 Außenwirtschaft

2 Unternehmerngewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmerngewinne
- 2.2 Konzentration
- 2.3 Die Privatisierungswelle

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Preise
- 3.3 Steuerreform
- 3.4 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Sozialprodukt

Die vergleichsweise günstige Konjunktorentwicklung im Winter 1987/88 hat zu einer gewissen Aufhellung der Wachstumsperspektiven der BRD geführt: Die Prognosen für 1988 wurden zuletzt wieder etwas günstiger.

Wirtschaftsentwicklung 1987/88¹

	1987	1988 ²
Bruttosozialprodukt	+1,7	+2
Privater Verbrauch	+3,1	+3
Staatsverbrauch	+1,6	+1,5
Anlageinvestitionen	+1,7	+2
Exporte	+0,8	+3
Erwerbstätige	+0,7	+0,5
Arbeitslose	+0,1	+2

¹ Veränderung in Prozent gegenüber den Vorjahresdaten, preisbereinigt
² Prognose des Frühjahrsgutachtens
 (Quelle: Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute, DIW-Wochenbericht 18/1988, S. 247)

Dies hängt vor allem mit dem vergleichsweise milden Winter zusammen, der insbesondere die Aktivitäten im Baugewerbe gestützt hat. Die Wirtschaftsforschungsinstitute gehen davon aus, daß es nun erst zur Jahresmitte 1988 zu einer weiteren Abschwächung des konjunkturellen Trends kommt. Sie erwarten erst für 1989 die Stagnation, mit der hier schon für 1988 gerechnet worden war (vgl. INFORMATIONEN 1/1988). Entscheidend für die weitere konjunkturelle Entwicklung ist auf kurze Sicht der Export, der nach den vorliegenden Prognosen zunächst wieder an Dynamik gewinnen wird. Allerdings muß festgehalten werden, daß wegen verschiedener statistischer Methodenänderungen gegenwärtig die Interpretation der jüngsten Daten mit Risiken behaftet ist. Erst die nächsten Monate werden größere Klarheit darüber bringen, ob die Besserung der Daten im Zeitraum Januar/Februar saisonal/statistisch bedingt ist oder ob die Konjunktur sich tatsächlich noch mal etwas gefangen hat. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erwartet z. B. nach dem kräftigen Anstieg des BSP im ersten Quartal 1988 einen fast ebenso kräftigen Rückgang im zweiten Quartal, so daß sich für das erste Halbjahr eine „Stagnation auf hohem Niveau“ ergibt.

1.2 Produktion

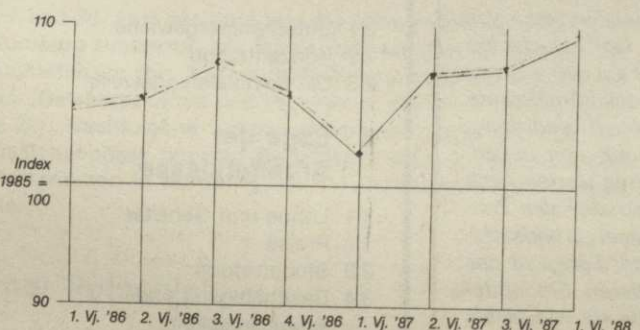
Die materielle Produktion hat in der zweiten Jahreshälfte 1987 trendmäßig stagniert. Seit dem Jahreswechsel hat sie aber wieder zugenommen, im ersten Vierteljahr 1988 lag der saisonbereinigte Produktionsindex auf dem höchsten bisher erreichten Stand.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

1986				1987				1988
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
101,9	102,2	103,1	102,3	100,8	102,8	103,0	103,8	104,5

¹ Index 1985 = 100
² Vorläufig
 (Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe



IMSF

Die Interpretation dieses Wertes ist aber nicht nur wegen der Umbasierung des Indexes auf das Jahr 1985 = 100 schwierig; es ist vor allem zu berücksichtigen, daß der milde Winter die Produktion deutlich weniger als saisonüblich gedrückt hat, so daß die saisonbereinigten Angaben dadurch sehr hoch ausfallen. Im März ist der Index wieder zurückgefallen – wahrscheinlich ist, daß auch die nächsten Monatsdaten wieder niedriger ausfallen, so daß sich herausstellen wird, daß die Erzeugung im produzierenden Gewerbe faktisch weiterhin stagniert.

Auch gegenüber den entsprechenden Vorjahresergebnissen weist die Statistik kräftige Zuwachsraten aus. Aber auch hier ist zu berücksichtigen, daß die Vergleichsdaten aus 1987 durch saisonale Momente verzerrt sind. Zudem darf nicht vergessen werden, daß es 1988 vier Arbeitstage mehr gibt als 1987 – was schon allein einen Zuwachs von 0,5 Prozent beinhalten würde.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	November	Dezember	Januar	Februar	März ²
Insgesamt	+2,0	+1,7	+5,2	+3,9	+2,9
Grundstoffe und Produktionsgüter	+3,0	+3,4	+7,5	+6,3	+6,0
Investitionsgüter	+2,4	+2,1	+3,4	+2,7	+1,8
Verbrauchsgüter	+1,8	+0,9	+4,0	+2,4	+0,6

¹ 1987/88 in % gegenüber dem Vorjahr
² Vorläufige Zahlen
 (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd. S. 65*)

Ähnlich eingeschränkt ist die Aussagekraft der Statistiken über den industriellen Auftragseingang. Auch hier sind die Ziffern seit dem Jahresanfang wieder angestiegen, interessanterweise gerade dort, wo es am wenigsten erwartet worden war: bei den Auslandsaufträgen. Es kann gegenwärtig nicht entschieden werden, ob dies statistischen Verzerrungen geschuldet ist (die Exporte selbst sind zum Jahresanfang abgesackt) oder tatsächlich einer erneut verbesserten internationalen Absatzlage.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

1986				1987				1988
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
109	109	109	106	105	107	112	109	111

¹ Volumen, Index 1980 = 100
 (Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Im Vorjahresvergleich ergeben sich außerordentlich kräftige Zuwächse. Im Februar/März liegt das Auftragsniveau um fast zehn Prozent über dem Vorjahresstand. Allerdings gilt auch hier die gleiche Einschränkung wie bei der Produktionsstatistik: Die Vergleichszahlen des Vorjahres waren durch den harten Winter 1986/87 gedrückt, während die Ziffern des Winters 1987/88 durch die milde Witterung überwiegend günstig beeinflusst worden sind.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
November	+ 8,3	+ 9,8	+ 8,4	+6,0
Dezember	+ 5,3	+ 7,7	+ 4,3	+4,6
Januar	+ 5,0	+ 6,6	+ 4,6	+3,9
Februar	+ 9,9	+10,5	+ 8,5	+9,8
März ²	+12,4	+15,1	+12,2	+0,6

¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr, nominal
² Vorläufige Zahlen
 (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Auch im Vorjahresvergleich fällt die günstige Entwicklung der Auslandsaufträge auf, angesichts der internationalen Wirtschaftslage ein eher überraschender Tatbestand. Es mag sein, daß in Europa, in Erwartung einer Aufwertung der DM, Bestellungen vorgezogen worden sind – dann wäre davon auszugehen, daß es bald zu einer Korrektur nach unten kommt.

1.3 Industriebranchen

Die großen Industrieverbände berichten überwiegend über eine vergleichsweise günstige Wirtschaftslage.

Die **eisenschaffende Industrie** „freut sich über die wärmende Frühlingssonne“, wie die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie anlässlich der Industriemesse in Hannover verkünden ließ. Im Januar/Februar 1988 lag die Stahlproduktion um etwa 13 Prozent über den Produktionsmengen der gleichen Vorjahreszeit. Dies dürfte durch die erwähnten Saisonfaktoren bedingt sein, aber immerhin erwartet die Branche auch für das ganze Jahr 1988 einen leichten Produktionszuwachs um etwa 2 Prozent. Dies ändert natürlich nichts an den Personalplanungen: Diese sehen für den Zeitraum zwischen 1987 und 1989 eine Verringerung der Belegschaften um 40 000 Beschäftigte vor. Die „Frühlingssonne“ erreicht offensichtlich nicht die Arbeiter und Angestellten – trotz der günstigen Ertragslage der Stahlkonzerne und einer „positiven Preistendenz“ für Stahl setzen die Unternehmen ihre Rationalisierungsstrategie durch, ohne gegenwärtig zu nennenswerten Zugeständnissen an die Belegschaften gezwungen zu sein.

Noch günstiger wird derzeit die Lage in der **chemischen Industrie** beurteilt. Im Januar/Februar lag der Ausstoß dort um fast sieben Prozent über dem Vorjahresstand, für ganz 1988 wird ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs um zwei bis drei Prozent erwartet. Günstig ist vor allem die Auftragslage im Export. Die Chemiekonzerne konnten 1987 ihren außerordentlich hohen Gewinnstand wieder etwas ausbauen, für 1988 gestaltet sich die Gewinnlage eher noch günstiger. Während die Beschäftigtenziffern stagnieren, profitiert die Branche sehr stark vom hohen DM-Wechselkurs und von den niedrigen Rohstoffpreisen. Außerordentlich expansiv sind die Investitionsplanungen im Ausland.

Im **Maschinenbau** sind dagegen trotz der Belebung bei Produktion und Aufträgen in den ersten Monaten von 1988 die Erwartungen eher gedämpft. Für 1988 wird im besten Fall mit einer Stagnation der Erzeugung gerechnet, nach einem Produktionsrückgang um etwa zweieinhalb Prozent 1987. Dies dürfte wohl damit zusammenhängen, daß die hohen Zuwächse bei den Auslandsaufträgen (+ 23 Prozent im ersten Quartal 1988 gegenüber dem ersten Quartal 1987) nur als vorübergehend betrachtet werden. Die Inlandsaufträge haben nämlich 1988 trotz des gedämpften Vergleichszeitraums 1987 nur minimal zugenommen.

Auch in der **Elektroindustrie** sind die Erwartungen der Branche weniger günstig, als es der Produktionszuwachs von etwa drei Prozent im ersten Quartal 1988 (gegenüber erstes Quartal 1987) nahelegen könnte. Nach einer Stagnation im Jahre 1987 wird nun mit einem leichten Zuwachs um ein bis zwei Prozent gerechnet, der aber überwiegend dem Konsumgüterbereich und dem Export zu verdanken sein wird. Für die eigene Branche kommt der Industrieverband zu dem Schluß, daß die Kapazitäten gegenwärtig völlig ausreichend sind, so daß Erweiterungsinvestitionen eher zurückgefahren würden. Die Rationalisierungen und Modernisierungen der letzten Jahre hätten die Flexibilität des Anlagenbestandes so erhöht, daß das vorhandene Potential auch bei steigenden Auftragseingängen insgesamt als ausreichend beurteilt würde. Dies dürfte im großen und ganzen für die gesamte Investitionsgüterindustrie zutreffen, so daß von den Ausrüstungsinvestitionen her kaum neue gesamtwirtschaftliche Impulse erwartet werden können.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	3. Vj. 87	4. Vj. 87	Januar	Februar ²
Produzierendes Gewerbe insges.	-0,0	+ 1,5	+ 5,2	+ 3,2
Eisenschaffende Industrie	+0,1	+ 1,9	+ 7,2	+10,1
Chemische Industrie	+3,7	+ 5,2	+ 6,2	+ 6,8
Maschinenbau	-6,8	+ 0,7	+ 0,8	+ 2,0
Straßenfahrzeugbau	+2,6	+ 1,7	- 1,4	- 1,9
Elektrotechnik	-0,2	- 0,4	+ 5,6	+ 2,0
EDV-Geräte	+8,3	+10,3	+ 1,5	+ 5,3
Textilgewerbe	-0,2	- 1,2	+ 1,0	- 4,6
Bekleidungsgewerbe	-4,8	- 6,6	- 2,8	- 5,6
Bauhauptgewerbe	+1,7	- 2,3	+80,4	+33,9

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
² Vorläufig
 (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Überraschend stabil gestaltet sich bislang die Absatzlage in der **Automobilindustrie**, der schon seit längerer Zeit eine tiefe Branchenkrise prophezeit wird. Zwar ging die Produktion im ersten

Quartal leicht zurück, die Neuzulassungen aber stiegen an. Bei rückläufigen Auslandsaufträgen ist dies auf die überraschend stabile Inlandskonjunktur bei Pkw zurückzuführen. Trotzdem sind die Prognosen abwärts gerichtet. In der Branche wird 1988 mit einem Produktionsrückgang um drei Prozent gerechnet, eine jüngere Analyse des Bankhauses Delbrück & Co erwartet sogar einen Rückgang um etwa sechs Prozent. Entscheidend ist dabei die Annahme, daß die Inlandsnachfrage im Jahresverlauf deutlich sinken wird. Bewahrheiten sich diese doch – angesichts der aktuellen Situation – sehr skeptischen Stimmungen, so hätte dies einschneidende Wirkungen auch auf die Gesamtkonjunktur.

In der **Textil- und Bekleidungsindustrie** wird nach einem leichten Produktionsrückgang 1987 für 1988 eine Beschleunigung des Abwärtstrends erwartet: Zwischen zwei (Textilindustrie) bzw. fünf Prozent soll demnach die Produktion sinken. Angesichts der vollen Lager beim Einzelhandel – bei Bekleidungsgegenständen hat der milde Winter den Absatz gebremst – dürften sich die Absatzschwierigkeiten eher noch verstärken. Denn hier wirken sich die Wechselkursprobleme im Export voll aus: Zunehmender Importdruck und abnehmende Exportmöglichkeiten verstopfen die Ausweichmöglichkeiten im Außenhandel. Wenig beachtet von der Öffentlichkeit unterschritt die Branche, die zusammen noch 1975 etwa 650 000 Beschäftigte zählte, die Marke von 400 000 Erwerbstätigen. An die 15 000 Arbeitsplätze dürften hier 1988 verlorengehen.

In der **Bauwirtschaft** haben sich die Aussichten etwas aufgehellt. Wie weit dazu die günstige Witterungslage im Winter 1987/88 und die dadurch begünstigte Produktion beigetragen haben, wird sich in den nächsten Monaten zeigen. Insgesamt erwartet die Branche für 1988 eine leichte Produktionsbelebung um etwa ein Prozent. Dabei wird davon ausgegangen, daß der Wohnungsbau den Tiefpunkt überschritten hat, vor allem der Einfamilienhausbau scheint sich etwas zu beleben. Dagegen überwiegen im öffentlichen Bau rückläufige Tendenzen, ein Ausdruck der erneut verschlechterten Finanzlage bei vielen Städten und Gemeinden. Der Wirtschaftsbau expandiert nur noch wenig, da die nachlassenden Erweiterungsinvestitionen den Baubedarf der Wirtschaft reduzieren. Allerdings sind trotz einer gewissen Stabilisierung im Baubereich positive gesamtwirtschaftliche Impulse nicht zu erwarten. Hinzu kommt, daß derzeit die Hypothekenzinsen wieder anziehen, so daß dies die privaten Bauherren im zweiten Halbjahr 1988 erneut zur Zurückhaltung veranlassen könnte. Zunächst allerdings dürfte die Erwartung steigender Zinsen die Durchführung von Bauvorhaben eher stimulieren.

1.4 Geld- und Kapitalmarkt

Am Geld- und Kapitalmarkt machte sich eine differenzierte Tendenz bemerkbar: Während sich die Mittelnachfrage der öffentlichen Hand deutlich beschleunigte, blieb die private Nachfrage eher zurückhaltend.

Aus der Tabelle „Konsolidierte Bilanz des Bankensystems“ geht hervor, daß die Zuwachsrate der Kredite an öffentliche Haushalte von 2 Prozent Ende 1986 auf 5,3 Prozent Ende 1987 und auf 6,6 Prozent Ende März dieses Jahres anstieg. Die relative Zurückhaltung bei den Krediten an Unternehmen und Private ist auch auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Eigenfinanzierungsquote bei den Unternehmen weiterhin hoch ist: 94 Prozent der Bruttoinvestitionen sowohl 1986 als auch 1987. Bei den Netto-Auslandsforderungen zeigt sich nach zwei Jahren gewaltiger Expansion eine gewisse Beruhigung.

Auf der Passivseite kommt der Entwicklung des Geldvolumens (M_3) eine viel größere Bedeutung zu, nachdem die Bundesbank dem Geldmengenziel nicht mehr die Zentralbankgeldmenge, sondern die monetäre Größe M_3 zugrunde gelegt hat. Die Notenbank erklärt diesen Wandel mit folgenden Worten: „Mit dem Anfang 1988 vorgenommen Übergang zu M_3 als geldpolitischer Zielgröße soll vor allem der Tatsache Rechnung getragen werden, daß die Zentralbankgeldmenge in der letzten Zeit dahin tendierte, die monetäre Entwicklung zu überzeichnen. Diese ‚Mißweisung‘ rührte daher, daß einerseits der Bargeldumlauf als Folge der niedrigen Zinsen und der Aufwertungstendenz der D-Mark an den Devisenmärkten überproportional rasch expandierte und zum anderen die Bargeldkomponente in der Zentralbankgeldmenge ein zu hohes Gewicht

Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1986 Dezember Milliarden DM	1987 Dezember Milliarden DM	1988 ² März	1986 Veränderungen gegenüber Vorjahr in %	1987 Veränderungen gegenüber Vorjahr in %	1988 ² Veränderungen gegenüber Vorjahr in %
Kredite an inländische Nichtbanken	2131,3	2214,2	2227,0	5,2	3,0	5,0
– Unternehmen u. Private	1643,0	1699,8	1705,7	6,1	3,5	4,1
– Öffentliche Haushalte	488,3	514,4	521,3	2,0	5,3	6,6
Netto-Auslandsforderungen	227,4	270,8	257,7	36,6	19,1	2,1
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten ¹	1308,0	1372,6	1393,1	6,4	4,9	3,8
darunter:						
Spareinlagen						
und -briefe	409,1	428,7	425,1	11,0	4,8	2,4
Geldvolumen (M ₃)	1050,7	1112,4	1091,6	9,3	5,9	5,9

¹ Einschließlich „Zentralbankeinlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“

² Vorläufige Zahlen.
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Ifd.)

(von gut 50 Prozent) hat (im Vergleich zu rd. 11 Prozent bei M₃)² (Deutsche Bundesbank, „Monatsberichte“, März 1988, S. 19). Die Bundesbank mißt allerdings der Entwicklung der Geldmenge als Steuerungsinstrument eine übertriebene Bedeutung zu, wenn sie feststellt: „Die Nachfrage der inländischen Nichtbanken nach liquiden Mitteln wächst tendenziell etwa so rasch wie das zu laufenden Preisen gerechnete potentielle Güterangebot – oder geringfügig schneller –, und sie geht regelmäßig zurück, wenn die Zinssätze steigen, oder nimmt zu, wenn sie fallen. Die Notenbank kann deshalb darauf setzen, daß sie mit der Steuerung dieser monetären Aggregate auf längere Sicht die Entwicklungstendenzen des nominalen Sozialprodukts und des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus in dem gewünschten Sinne beeinflusst, auch wenn es sich hierbei nicht um „mechanistisch“ zu interpretierende Beziehungen handelt“ (S. 18).

Auf dem Kapitalmarkt ist der Absatz von Anleihen der öffentlichen Hand im ersten Quartal 1988 als einziger Wert bei den inländischen festverzinslichen Papieren positiv geblieben, so daß sich der Absatz insgesamt gegenüber demselben Vorjahrsquartal halbiert hat. Die Aktienemissionen inländischer Stellen waren im ersten Vierteljahr 1988 ebenfalls relativ niedrig.

Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	1985	1986 Jahr	1987	1. Vj.	1988 ¹ 1. Vj.
Anleihen der öffentlichen Hand	42738	57774	59768	27208	18800
Kommunalobligationen	18446	13121	5960	4237	– 100
Sonstige Bankschuldverschreibungen	14568	16390	22489	11090	– 700
Industrieobligationen	298	200	– 27	– 80	– 100
Ausländische Rentenwerte	27145	16375	25154	7103	7500
Absatz = Erwerb insgesamt	103195	103860	113344	49558	25400
darunter:					
Kreditinstitute	32731	31297	44319	14263	10347
Inländische Nichtbanken	39340	12806	34770	12529	17132
Ausländer	31460	58689	34966	23010	2369

¹ Vorläufige Zahlen
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Ifd.)

Beim Sekundärmarkt ist der Börsenhandel mit Aktien nach dem Kurssturz vom letzten Oktober stark geschrumpft, während die Börsenumsätze von Rentenwerten weiter gestiegen sind.

Bei den Kapitalanlagegesellschaften konzentriert sich die Kauflust erneut auf die Rentenfonds: 4,3 Milliarden DM im ersten Quartal dieses Jahres gegenüber knapp 200 Millionen bei den Aktienfonds.

Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrentkredite	Renditen von Anleihen der öffentl. Hand	Index der Aktienkurse ²
		in %	30. 12. 1980 = 100
1986			
1. Vj.	7,35	6,1	295,7
2. Vj.	7,04	5,7	302,2
3. Vj.	7,04	5,8	289,4
4. Vj.	7,00	6,0	295,5
1987			
1. Vj.	6,85	5,7	262,9
2. Vj.	6,63	5,5	261,3
3. Vj.	6,65	6,0	285,6
4. Vj.	6,62	6,2	220,4
1988			
1. Vj.	6,30	5,8	195,0

¹ Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM

² Statistisches Bundesamt
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Ifd.)

Die Diskontherabsetzung der Bundesbank vom Dezember 1987 – es wurde mit 2,5 Prozent ein historischer Tiefstand erreicht – hat den schon nach dem Börsenkrach spürbaren rückläufigen Zins-trend befestigt. Erst im Mai scheint sich hier eine erneute Tendenz-wende zu höheren Zinsen vollzogen zu haben.

Der Index der Aktienkurse war im ersten Vierteljahr 1988 auf das Niveau vom zweiten Quartal 1985 gesunken; nach einer Festigung im April kam es im Mai zu neuen Kurseinbrüchen, die die derzeitige Unsicherheit am Aktienmarkt widerspiegeln.

1.5 Investitionen

Die Entwicklung der Inlandsinvestitionen muß bei einer konjunkturrellen Analyse im Mittelpunkt stehen. Denn der Konjunkturzyklus und zyklische Krisen (welche durchaus nicht so tief sein müssen wie z. B. 1974/75) erscheinen als Widerspruch zwischen Kapazitätsaufbau und Endnachfrage. Im Aufschwung kommt es zu einer raschen Erweiterung der Kapazitäten als Folge einer boomartigen Zunahme der Investitionen. Erst mit Zeitverzögerung zeigt sich, daß der gesamtwirtschaftliche Produktionsapparat rascher gewachsen ist als die Endnachfrage, so daß die Kapazitätsauslastung zurückgeht und Erweiterungsinvestitionen gestoppt werden. Die Investitionsnachfrage sinkt und löst damit die zyklische Krise aus.

Dieser „Investitionszyklus“ als Kern des Krisenzyklus war in den letzten Jahren vergleichsweise schwach ausgeprägt. Die Anlageinvestitionen, auch die für den Kapazitätsaufbau wichtigen Ausrüstungsinvestitionen, haben im Aufschwung nicht besonders kräftig zugenommen. Gegenwärtig deuten die Prognosen und Befragungsergebnisse bei Unternehmen auf eine Investitionsverlangsamung hin, nicht aber auf einen Investitionsrückgang.

Gesamtwirtschaftliche Investitionen¹

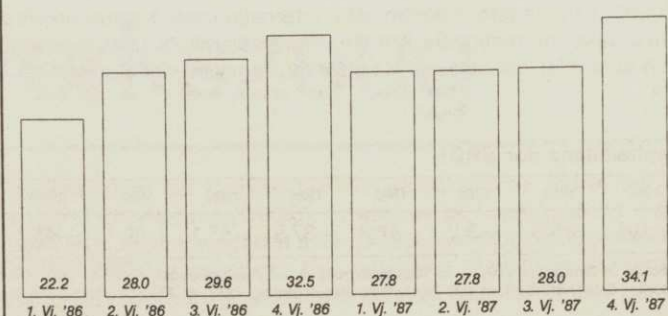
	1986	1987	1988 ²
Anlageinvestitionen	+ 3,1	+ 1,7	+ 2
darunter:			
Ausrüstungen	+ 4,1	+ 4,0	+ 2
Bauten	+ 2,4	+ 0,1	+ 1,5

¹ Veränderungen in Prozent gegenüber dem Vorjahr, preisbereinigt
² Prognose des Frühjahrsgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute
(Quelle: DIW-Wochenbericht 18/88, S. 247)

Die Investitionsplanungen in der Industrie für 1988, die ursprünglich von einer Stagnation ausgegangen waren, wurden im Frühjahr etwas nach oben korrigiert und summieren sich nun auf einen realen Zuwachs von etwa drei Prozent. Außerdem sind die Investitionsplanungen vor allem für die Tochterunternehmen im Ausland expansiv: Etwa 44 Prozent der befragten Betriebe planen, die Auslandsinvestitionen stärker anzuheben als die Inlandsinvestitionen, nur bei 4 Prozent sind die Relationen umgekehrt. Dies ist der höchste Saldo seit 1984.

Außenhandel der BRD

In % gegenüber Vorjahr



IMSF

Derzeit sind die Prognosen, ausgehend von dem hohen Niveau der Auftragseingänge, gerade für den Außenhandel recht optimistisch. Der sehr hohe Außenbeitrag der Bundesrepublik, d. h. der Überschuß im Handel mit Gütern und Diensten, bildet sich demnach in jeweiligen Preisen nur wenig zurück. Preisbereinigt sinkt er etwas deutlicher, d. h. die realen Importe steigen rascher als die realen Exporte.

Außenbeitrag der Bundesrepublik¹

	1986	1987	1988 ²
Nominal	111,9	109,8	105,5
Real ³	66,2	47,9	40,5

¹ Überschuß im Außenhandel mit Waren und Dienstleistungen, Mrd. DM
² Prognose des Frühjahrsgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute
³ In Preisen von 1980

(Quelle: DIW-Wochenbericht, 18/88, S. 247)

Die in den Prognosen erwartete Zunahme der Exporte der Bundesrepublik um drei Prozent 1988 muß als recht optimistische Annahme gelten. Dabei sei eingeräumt, daß sich im vergangenen Jahr, insbesondere im zweiten Halbjahr 1987, der Außenhandel günstiger entwickelt hat, als aufgrund der äußeren Bedingungen zu erwarten gewesen wäre.

Für 1988 wird allgemein eine Verlangsamung der Welthandelsexpansion im Jahresverlauf erwartet. Deutlich positive Impulse gehen nur vom südostasiatischen Raum aus, einschließlich Japans, dessen Gewicht im Welthandel – noch mehr im Außenhandel der BRD – aber noch beschränkt ist. In Westeuropa, wohin mehr als 70 Prozent der bundesdeutschen Warenexporte gehen, verlangsamt sich die Konjunktur bei einem ohnehin niedrigen Wachstumsniveau. Außerdem ist mit einer gewissen Aufwertung der DM gegenüber den westeuropäischen Währungen (Franc und Lira) zu rechnen. Im Handel mit dem Dollarraum dürfte sich die Schwäche des Dollars weiterhin eher negativ auswirken. Der Handel mit den Entwicklungsländern (einschließlich OPEC) und mit den sozialistischen Ländern wird weiter durch die mangelnde Zahlungsfähigkeit dort beschränkt, wenn auch eine gewisse Stabilisierung der Rohstoffpreise eingetreten ist. Auf der anderen Seite steigen die Zinsen wieder an und lassen das Gewicht der Auslandsverschuldung der Dritten Welt zusätzlich anschwellen. Insgesamt spricht dieses Szenario eher für eine Beschränkung der Exporte der BRD und zunehmende Importe, wodurch die schwachen konjunkturellen Tendenzen weiter gedrückt würden.

Bedeutend zugenommen haben die Kapitalexporte. Wie schon aus den Investitionsbefragungen ersichtlich, werden dabei verstärkt auch Direktinvestitionen im Ausland getätigt. Nach einer Statistik der

Direktinvestitionen¹

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
BRD im Ausland	7,3	8,7	6,0	8,1	12,5	14,1	20,3	16,3
Ausland in BRD	0,8	0,8	2,0	4,5	1,6	1,8	2,2	3,6

¹ In Milliarden DM
(Quelle: Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank, 1987, S. 27)

Allerdings spricht der erwartete Rückgang bei den Erweiterungsinvestitionen dafür, daß der Investitionszyklus ausläuft. Dies zeigt der Strukturwandel in den Investitionsmotiven der Unternehmen, welche vom Ifo-Institut zweimal jährlich abgefragt werden. Das Institut hat die angefragten Kategorien zuletzt um eine Größe „Sonstige Investitionen“ erweitert, wobei insbesondere Investitionen im Zusammenhang mit einer Umstellung des Produktionsprogramms (ohne Erweiterungseffekte), mit dem Umweltschutz und mit Forschung und Entwicklung gemeint sind.

Zielsetzung der Investitionen¹

	1986	1987	1988
Kapazitätserweiterung	24,7	25,1	23,3
Rationalisierung	30,4	29,2	29,8
Ersatzbeschaffung	27,1	26,9	27,5
Sonstige	17,8	18,8	19,4

¹ Industrie und Bergbau, Anteile in Prozent
(Quelle: Ifo-Schnelldienst 8/1988, S. 23)

Mit einem regelrechten Einbruch der Investitionsnachfrage ist aber nicht nur wegen des hohen Niveaus der Rationalisierungsinvestitionen nicht zu rechnen. Auch der immer noch vergleichsweise hohe Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten in der Industrie spricht für eine eher allmähliche Abschwächung.

Kapazitätsauslastung in der Industrie¹

Jahr	März	Juni	September	Dezember
1983	75,8	78,3	78,8	80,5
1984	81,1	76,5 ²	82,3	82,6
1985	82,9	84,5	84,4	85,1
1986	84,3	84,7	85,0	84,6
1987	83,6	84,1	84,5	85,0
1988	84,7			

¹ In % der betrieblichen Vollausslastung
² Verzerrung durch Arbeitskampf
(Quelle: Ifo-Schnelldienst)

Auch hier muß bei der Interpretation der Daten allerdings einkalkuliert werden, daß die Produktion im Winterhalbjahr 1987/88 saisonal begünstigt war.

Gedämpft geblieben sind die Investitionsplanungen in den Investitionsgüterindustrien. Dort ist der Auslastungsgrad auch zuletzt nicht mehr angestiegen, in den meisten Unternehmen werden die Kapazitäten derzeit für mehr als ausreichend erachtet.

1.6 Außenwirtschaft

Wegen einer statistischen Umstellung kommen derzeit die Zahlen über den Außenhandel nur verzögert. Mitte Mai 1988 liegen erst Ergebnisse bis Februar 1988 vor. Sie weisen einen Rückgang sowohl der Einfuhren (– 1,6 Prozent) als auch der Ausfuhren (– 2,5 Prozent) aus, der Außenhandelsüberschuß ist etwas gesunken. Preisbereinigt dürften die Importe nur minimal, die Exporte aber um etwa drei bis vier Prozent zurückgegangen sein. Vor dem Hintergrund der oben erwähnten hohen Zuwachsraten bei den Auftrags-eingängen überrascht diese Entwicklung. Auch hatte sich der Außenhandel ja im zweiten Halbjahr 1987 deutlich belebt. Es ist daher eher damit zu rechnen, daß es in den kommenden Monaten zu einer statistischen Korrektur der sehr ungünstigen Jahresanfangsdaten kommt.

Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo	
	In Mrd. DM	% ¹	In Mrd. DM	% ¹	In Mrd. DM	% ¹
1. Vj. 86	130,3	– 2,6	108,8	– 10,1	+ 22,2	+ 62,0
2. Vj. 86	135,0	– 2,7	107,0	– 9,6	+ 28,0	+ 36,6
3. Vj. 86	126,1	– 3,6	96,5	– 14,8	+ 29,6	+ 69,1
4. Vj. 86	135,1	– 2,5	102,6	– 10,7	+ 32,5	+ 43,2
1. Vj. 87	127,3	– 2,3	99,5	– 7,7	+ 27,8	+ 11,4
2. Vj. 87	129,3	– 4,2	101,6	– 5,0	+ 27,8	– 0,7
3. Vj. 87	127,5	+ 1,1	99,5	– 3,0	+ 28,0	– 5,4
4. Vj. 87	143,0	+ 5,8	108,9	+ 6,1	+ 34,1	+ 4,9

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Bundesbank (es gibt zwei verschiedene Methoden, eine des Bundeswirtschaftsministeriums und eine der Bundesbank) liegen die Direktinvestitionen derzeit auf einem Niveau, das mehr als doppelt so hoch ist wie noch zum Beginn der achtziger Jahre.

Nimmt man andere Formen des internationalen Kapitalverkehrs hinzu, also internationale Kredite, Wertpapierkäufe usw., so zeigt sich auch hier die massive Kapitalexportposition der Bundesrepublik.

Kapitalbilanz der BRD¹

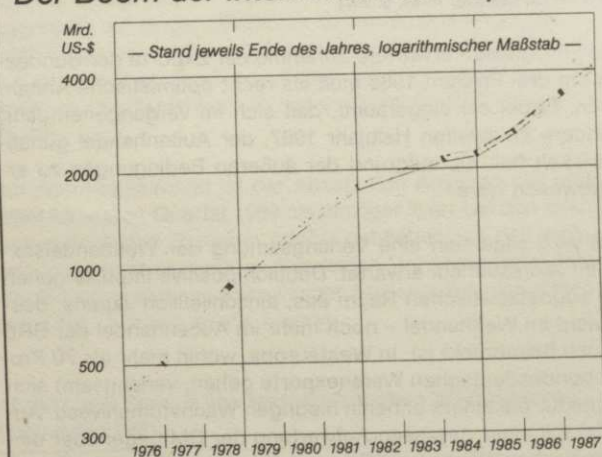
1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
-0,4	+5,8	-3,2	-18,4	-37,5	-55,1	-80,1	-43,7

¹ Saldo in Milliarden DM, - = Kapitalexport, + = Kapitalimport
(Quelle: Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank, 1987, S. 27)

Allein im ersten Quartal 1988 wurde per Saldo wieder ein Kapitalexport in Höhe von 41,6 Milliarden DM registriert, gegenüber 17,6 Milliarden im ersten Vierteljahr 1987.

Der Kapitalexportsaldo der Bundesrepublik ist allerdings zu sehen vor dem Hintergrund eines immer stärker expandierenden internationalen Kapitalverkehrs. So wurden z. B. im Rahmen des langfristigen Kapitalverkehrs 1986 etwa 55 Milliarden DM im Ausland angelegt, gleichzeitig aber flossen 69 Milliarden DM Kapitalanlagen aus dem Ausland zu. Im Rahmen des langfristigen Kapitalverkehrs ergab sich in diesem Jahr also per Saldo sogar ein Kapitalimport. Dem standen aber massive Geldabflüsse in Höhe von 113 Milliarden DM im Rahmen des kurzfristigen Kapitalverkehrs gegenüber, bei dem Wechselkurspekulationen, Handelskredite und ähnliches eine Rolle spielen.

Der Boom der Internationalen Kapitalmärkte



IMSF

Die Internationalisierung der Geld- und Kapitalmärkte spiegelt sich wider in der Entwicklung der internationalen Bankausleihungen, also der Dimension der „Euromärkte“. Noch Mitte der 70er Jahre kaum von Bedeutung, hat das Volumen der internationalen Kredite inzwischen (Ende April 1988) die Summe von 4300 Milliarden Dollar erreicht. Noch Ende 1985 summierten sich die internationalen Bankausleihungen „erst“ auf 2500 Milliarden, d. h. das Tempo hat sich in der jüngsten Vergangenheit noch beschleunigt. Die Notenbanken und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel, eine supranationale Organisation von 30 Notenbanken der großen kapitalistischen Länder, betrachten diese Entwicklung mit großer Sorge. Denn die „Euromärkte“ sind – dank der „Deregulierung“ des internationalen Kapitalverkehrs – durch geldpolitische Entscheidungen kaum noch zu steuern. Die der Inflationsbekämpfung verschriebenen Notenbanken sehen sich der Tatsache gegenüber, daß die Geldmenge, über deren Steuerung sie (irrtümlich) die gesamte wirtschaftliche Entwicklung regulieren zu können glauben, ihrem Einfluß inzwischen weitgehend entzogen ist. Die Politik der „Deregulierung“ ist dabei, ihre legitimen Eltern, nämlich den „Monetarismus“, zu verschlingen, oder: Unter dem Vorzeichen des „Monetarismus“ wurden die chaotischen Kräfte der Finanzspekulation entfesselt – die sich nun daran machen, die angeblichen Steuerungsinstanzen, nämlich die staatlichen Notenbanken, zu entmachten.

2 Unternehmergewinne und Konzentration

2.1 Unternehmergewinne

Anfang Mai, als die „fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute“ ihr traditionelles Frühjahrsgutachten veröffentlichten, waren schon relativ fundierte Prognosen über die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Daten möglich; so auch über die Profite. Obwohl die Kennziffer „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ die Wirklichkeit nivelliert ausdrückt, wird aus ihr für das laufende Jahr ein fast ungebrochener Anstieg der Kapitaleinkommen erkennbar.

Einkommensentstehung und -verteilung

	1986	1987	1988 ¹	in v. H. gegenüber Vorjahr	
Bruttoeink. aus U. u V.	472,1	490,8	508,0	4,0	3,5
Nettoeink. aus U. u V.	398,3	419,9	435,5	5,4	3,5
Entn. Gewinne u. Verm.	365,7	375,0	387,5	2,5	3,5

¹ Schätzung
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 18/1988, S. 248)

Die anhaltend hohen entnommenen Gewinne korrespondieren mit gleichbleibend niedrigen Investitionen allgemein und Erweiterungsinvestitionen speziell. Weil das „Investitionsklima“ – sprich: die Profiterwartungen – nicht gut genug seien, wird das Geld weiterhin vorwiegend außerhalb der Unternehmen angelegt. „Die Unternehmen nähmen es wohl eher in Kauf, an Kapazitätsgrenzen zu stoßen als Überkapazitäten aufzubauen“, zitiert das „Handelsblatt“ (3. 5. 88).

Wenn von Profiten die Rede ist, darf von den Banken nicht geschwiegen werden. Das Frühjahr ist die Zeit, in der sie ihre Jahresabschlüsse veröffentlichen. Zwar sind sie nicht – wie andere Aktiengesellschaften – verpflichtet, den vollständigen Gewinn (auch nicht in verschleierte Form) zu bilanzieren, sondern dürfen sich mit einem „Teilbetriebsergebnis“ begnügen, aber trotzdem ist die Lektüre der Zahlen aufschlußreich, besonders was den Vergleich der drei Großbanken angeht.

Auf den ersten Blick fällt bei der Deutschen, der Dresdner und der Commerzbank ein Rückgang sowohl des Teil- wie des (geschätzten) Gesamtbetriebsergebnisses auf. Die Abnahme um ein Drittel etwa bei der Deutschen Bank macht sich indessen weniger dramatisch aus, wenn man berücksichtigt, daß 1986 ein extrem gutes „Bankenjahr“ war, in dem die Deutsche Bank allein aus der Börsenplatzierung der Flick-Aktien eine Milliarde kassierte.

Das 87er Ergebnis wird von den Folgen des Börsenkrachs beeinflusst: Durch den Kurssturz der Aktien waren die Banken gezwungen, immense Wertberichtigungen auf ihre Effektenbestände vorzunehmen. Von der Deutschen Bank nimmt man an, daß sie eine Milliarde oder mehr auf diese Weise aus ihren Büchern „getilgt“ hat (Handelsblatt, 25. 4. 88).

Von wenigen Ausnahmen abgesehen handelt es sich hierbei nur um Verluste, die auf dem Papier stehen. Sobald die Kurse wieder steigen – und das ist mittlerweile der Fall –, steigt auch der Wert. Allerdings in Form von stillen Reserven, die in der Bilanz nicht mehr auftauchen. Die Buchverluste helfen Steuern sparen, die Buchgewinne bleiben unbesteuert. 1987 bewirkten diese außerordentlichen Abschreibungen eine Minderung der Steuerschuld bei der Deutschen Bank von 1 243 auf 547 Mio. DM. Dies ist dem „Niederwertprinzip“ zu verdanken, welches eine Bilanzierung zu den niedrigst möglichen Ansätzen fordert.

INFORMATIONEN als Handwerkszeug

Es gibt heute keine sozialpolitische Frage mehr, bei welcher die öffentliche Auseinandersetzung, der „Kampf um die Köpfe“, nicht auf der Grundlage von Wirtschafts- und Sozialstatistiken erfolgt. Ob es um Lohn oder Arbeitszeit, um Steuern oder Arbeitslosigkeit, um Frauenfragen oder Abrüstung geht: Zahlen, Daten, Statistiken sind selbst dann rasch bei der Hand, wenn ihr Aussagewert gleich Null ist. Der Streit um die Sache wird zu einem Streit um die Interpretation statistischer Daten.

Die INFORMATIONEN, eine seit 1970 im vierteljährlichen Turnus erscheinende Publikation, stellt sich die Aufgabe, auf der Grundlage einer stabilen Systematik die wichtigsten wirtschafts- und sozial-empirischen Daten darzustellen und kritisch zu interpretieren. Erarbeitet auf der Grundlage marxistischer Positionen, stellt der Bericht auch heute noch die einzige umfassende sozial-empirische Veröffentlichung mit autonomer Klassenorientierung dar, die eine laufende Wirtschafts- und Konjunkturbeobachtung bietet. Quellen der Daten sind die amtlichen Statistiken, die Untersuchungen und Prognosen der großen Wirtschaftsforschungsinstitute, der Unternehmerverbände und Gewerkschaften, der Bundesbank und auch einzelner Wissenschaftler.

Es handelt sich um eine kurzfristig angelegte, an den aktuellen Bedürfnissen und Fragestellungen orientierte Herangehensweise. Wiedergegeben werden die „Oberflächenscheinungen“, der Ökonomie, wie sie in der amtlichen Statistik ihren Niederschlag finden. Bei einer Interpretation sind also zwei Aspekte zu berücksichtigen: Die amtliche Statistik orientiert sich an den aktuellen Bedürfnissen des Kapitals, welche sowohl „ideologischer“ (d. h. Widersprüche und Interessen verschleiern) als auch praktischer Natur (d. h. Grundlage für wirtschaftliche Entscheidungen) sind. Zum anderen geht es um den Abstraktionsgrad. Die Gewinne sind eben auch begrifflich nicht identisch mit dem Profit, die Triebkräfte der kapitalistischen Wirtschaft sind nicht umstandslos aus den erscheinenden Wirtschaftsdaten abzulesen. Wesen und Erscheinung fallen nicht zusammen. Die hier dargebotenen aktuellen Daten können also nur der Ausgangspunkt für tiefere Analysen sein, sie sind Teil des notwendigen Arbeitsmaterials.

Schließlich ist auch noch darauf zu verweisen, daß Statistik notwendigerweise immer eine Abstraktion vom Einzelfall darstellt, also in der Regel irgendwelche Durchschnitte ausdrückt. Man könnte fast sagen: Der Einzelfall weicht mit Notwendigkeit ab vom statistischen Erscheinungsbild, welches die Summe der Einzelfälle erfaßt. Wenn z. B. die Reallöhne steigen, dann steigt nur ihr Durchschnitt: Es ist gut möglich, daß für bestimmte Beschäftigtenkategorien die Wirklichkeit ganz anders aussieht. Die hier dargestellten Daten können also auch in den täglichen, konkreten, immer am Einzelfall ausgerichteten sozialen Auseinandersetzungen nicht umstandslos als Argumentationsmaterial benutzt werden, sie können nur als Grundlage für eigene Ausarbeitungen dienen.

Fazit: Die INFORMATIONEN sind **Handwerkszeug** sowohl für gründliche Analysen als auch für Argumentationen in tagespolitischen Konflikten. Wer sie **regelmäßig** verfolgt, für den wird sich die Mühe der Lektüre lohnen.

Die Weltwirtschaft

Seit einigen Jahren beginnt die Darstellung der Wirtschaftslage mit einer Skizze der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die enge Integration der Bundesrepublik in den Weltmarkt und die große Bedeutung internationaler Daten für die nationalen wirtschafts- und sozialpolitischen Konflikte erfordert die Kenntnis einiger wichtiger Eckdaten. Diese werden geliefert: Die Entwicklung des Bruttosozialprodukts (BSP), der Lebenshaltungskosten und der Arbeitslosigkeit in den wichtigsten kapitalistischen Ländern wird dargestellt, außerdem die Entwicklung des Welthandels. Quelle sind zumeist

die Statistiken der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), in welcher 24 kapitalistische Industrieländer zusammengefaßt sind. (Außerdem arbeitet Jugoslawien mit der OECD zusammen.) Die nationalen Statistiken werden in den OECD-Daten vergleichbar gemacht, ihr Nachteil ist eine gewisse Unaktualität.

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Ausgangspunkt der Konjunkturdarstellung für die Bundesrepublik ist das **Sozialprodukt**. Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ermittelt das Statistische Bundesamt auf der Grundlage von Meldungen aus der Wirtschaft (Unternehmen, Staat, Haushalte) die Produktionswerte, d. h. bei den Unternehmen die Summe der Verkäufe. Um Doppelzählungen zu vermeiden, werden davon die Käufe von „Vorleistungen“ (also Rohstoffe, Halbfertigprodukte usw.) abgezogen. Das Ergebnis ist das **Bruttoinlandsprodukt**. Addiert man hierzu den Saldo der Einkommensübertragungen mit dem Ausland, so erhält man das **Bruttosozialprodukt** (BSP), welches als Indikator der wirtschaftlichen Leistung eines Landes gilt. Zieht man vom Bruttosozialprodukt den Wertverlust der Produktionsanlagen ab – also die jährlichen Abschreibungen –, so erhält man das **Nettosozialprodukt** (zu Marktpreisen). Es entspricht theoretisch der **Wertschöpfung** des Landes, d. h. dem jährlich produzierten Neuwert. Die VGR zieht davon noch die indirekten Steuern ab und erhält das **Nettosozialprodukt** (zu Faktorkosten), d. h. das **Volkseinkommen**.

Das Volkseinkommen ist die Summe der Einkommen, die den Faktoren Arbeit (Einkommen aus unselbständiger Arbeit) bzw. Kapital (Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen) zufließt. Entsprechend der Grundvoraussetzung der bürgerlichen Ökonomie wird also das der „Arbeit“ bzw. dem „Kapital“ zufließende Einkommen der wertschaffenden Tätigkeit diesen „Produktionsfaktoren“ zugerechnet.

Trotz dieses bürgerlichen Webfehlers in der Verteilungsrechnung scheint der Ausgangspunkt, nämlich die Messung des jährlich produzierten Neuwerts – welcher tatsächlich allein Ergebnis der **produktiven Arbeit** der Erwerbstätigen ist –, doch ein recht realistisches Bild abzugeben. In diesen Wein muß allerdings viel Wasser gegossen werden. Das beginnt mit einer Kritik der Grunddaten, deren Qualität recht unterschiedlich ist. Entsprechend oft werden auch die Daten nachträglich z. T. einschneidend korrigiert. Wichtiger ist noch eine grundsätzliche Kritik: Die VGR bezeichnet einfach jede Tätigkeit, die zu einem Einkommen führt (jedenfalls wenn dieses Einkommen statistisch erfaßt wird, d. h. nicht „schwarz“ ist), als Beitrag zur Wertschöpfung, d. h. als „produktiv“. Der Dienst des Soldaten gilt damit ebenso als Beitrag zur Wertschöpfung wie die Arbeit des Stahlarbeiters oder eine erfolgreiche Spekulation.

Schließlich wird vielfach der Fehler gemacht, das Sozialprodukt bzw. seine Entwicklung als Ausdruck für die Entwicklung des **Wohlstands** zu mißbrauchen. Dies ist völlig verfehlt: Eine Steigerung der Zahl der Verkehrsunfälle erhöht das BSP (Polizei, Ärzte, Reparaturwerkstätten, Versicherungen werden tätig) ebenso wie die Verschmutzung der Umwelt, die sowohl vermehrte Reparaturaufwendungen als auch Defensivproduktionen (ist das Naherholungsgebiet verseucht, sind lange Autofahrten bis zum nächsten Wald erforderlich) hervorruft; der Wohlstand steigt damit aber offensichtlich nicht.

Die Konjunktur

Die INFORMATIONEN bemühen sich in ihrem ersten Hauptteil um eine aktuell orientierte Konjunkturanalyse. Hierbei muß die Frage im Mittelpunkt stehen, wie die produzierten Güter verwendet wer-

den, d. h. die Frage der **Absatzmärkte**. Typisch für den Kapitalismus ist die Tendenz zur Überproduktion, zur Unterauslastung der vorhandenen produktiven Ressourcen (Arbeit und Maschinerie). Diese Tendenz ist latent, sie macht sich periodisch in zyklischen Krisen bemerkbar. Auf kurze Sicht ist also die **Nachfrageseite** die eigentliche Wachstumsschranke.

Die Hauptverwendungsarten der VGR sind der **Private Verbrauch** (Konsum) – mehr als die Hälfte der produzierten Neuwerte dient unmittelbar Konsumzwecken. Fast ein Drittel wird **exportiert**, so daß die Exportsituation inzwischen eine zentrale Bedeutung für die Konjunktur erlangt hat. Zwar steht dem auch ein hoher **Import** gegenüber – die Bundesrepublik aber ist ein exportorientiertes Land, die Ausfuhr von Waren (zunehmend auch Dienstleistungen) bestimmt im hohen Maße die wirtschaftliche Dynamik und damit auch die Importnachfrage. Der **Staatsverbrauch** und die **Anlageinvestitionen** sind die zwei weiteren großen Verwendungsarten. Vereinfacht kann festgestellt werden, daß Konjunktur und Krisen, d. h. der Zyklus auf der Erscheinungsebene (und um die geht es hier) durch das Auseinanderfallen von Investitionen der Unternehmen einerseits und Endnachfrage andererseits „produziert“ werden. Eine hohe Zuwachsrate bei den Investitionen signalisiert in der Regel einen Konjunkturaufschwung. Die Produktionskapazitäten wachsen rascher als die Endnachfrage, was aber zunächst nicht sichtbar wird, da die neuerstellten Anlagen erst mit Zeitverzögerung kapazitätswirksam werden. Geht die Investitionsnachfrage (d. h. zunächst deren Wachstumsrate) deutlich zurück, so zeigt das in der Regel eine bevorstehende Krise an.

In welcher Phase der Konjunktur sich eine Wirtschaft befindet, wird an der Oberfläche durch die Entwicklung der materiellen Produktion angezeigt, dem Kernprozeß der kapitalistischen Ökonomie. Obwohl in der letzten Zeit die Dienstleistungen deutlich an Gewicht gegenüber der Produktion von Waren gewonnen haben, werden konjunkturelle Wendepunkte noch immer von der Entwicklung in der **Warenproduktion** (Verarbeitende Industrie, Energiewirtschaft, Bauwirtschaft) angezeigt. Unter konjunkturellen Aspekten geht es nicht um absolute Produktionswerte, sondern um deren Veränderung, die als prozentuale Wachstums- bzw. Schrumpfraten gemessen werden. Der Kapitalismus kann dauerhaft nur in einem Milieu wirtschaftlichen **Wachstums** existieren, seine ihm immanenten Tendenzen zu wirtschaftlichen Ungleichgewichten, also seine **Disproportionalität**, erscheint in der Regel als Unterschied der **Wachstumsraten**. Wie oben gesagt: Eine Krise kündigt sich an, wenn die Investitionen und damit die Produktionskapazitäten längere Zeit rascher wachsen als die Konsumnachfrage. In der Krise erfolgt schon dann eine gewisse Korrektur dieses Ungleichgewichtes, wenn die Investitionen langsamer wachsen als der Konsum. Krisen müssen also nicht notwendig mit absoluten Produktionsrückgängen verbunden sein, unter bestimmten Bedingungen können sie ihre Funktion als „reinigendes Gewitter“ schon dann ausüben, wenn nur die Wachstumsraten deutlich zurückgehen.

Zwei Typen von Wachstumsraten finden Verwendung: der Vergleich mit der unmittelbaren Vorperiode (also Veränderung Juni gegenüber Mai, zweites Vierteljahr gegenüber erstem) und der Vergleich mit der entsprechenden Vorjahreszeit (also: Juni 1988 gegenüber Juni 1987, zweites Vierteljahr 1988 gegenüber zweitem Vierteljahr 1987). Für eine kurzfristig orientierte Konjunkturanalyse ist der erste Typ natürlich wichtiger.

Diese kurzfristige Betrachtung erfordert allerdings eine saisonale Bereinigung der Produktionsdaten. So geht im Winter die Produktion regelmäßig zurück, um im Frühjahr wieder anzusteigen. Die Produktion vom Februar ist immer niedriger als die vom März, weil der Februar weniger Arbeitstage hat. Nötig ist es also, solche rein saisonalen Momente herauszurechnen, also zu saisonbereinigten Ziffern zu kommen. Diese Methode der Saisonbereinigung ist eine große Fehlerquelle. Alles dies nötigt den Leser zu angemessener Vorsicht bei der Interpretation der Ergebnisse. Vor allem ist davor zu warnen, einzelne Monats- oder Vierteljahresziffern überzubewerten. Da es außerdem noch etwa sechs Wochen dauert, bis die ersten vorläufigen (später z. T. noch deutlich korrigierten) Ziffern veröffentlicht werden, reichen diese für eine wirklich aktuelle Konjunkturanalyse nicht aus.

Ausgewertet wird vor allem die Produktions- und Auftragseingangsstatisik der Industrie. Obwohl den Auftragseingängen theoretisch ein prognostischer Wert zugemessen werden könnte, ist dies in der Praxis nicht so: Auftragseingänge und Produktion verlaufen in der Regel parallel, was vor allem mit der schwierigen Ab-

grenzung der Auftragseingänge nach Monaten zusammenhängen dürfte. Für die Beurteilung der aktuellen Konjunktursituation werden daher ergänzend subjektive Faktoren hinzugezogen, also sowohl Tendenzaussagen von Unternehmerverbänden als auch die Ergebnisse von Befragungen bei Unternehmen (diese führt das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung durch) und Indizes der „Konsumumentenstimmung“.

Die Akkumulation von Kapital

Im Zentrum der wirtschaftlichen Entwicklung steht die Akkumulation von Kapital, welche die ökonomische Dynamik, die Konjunktur und in letzter Instanz, vermittelt über soziale und politische Auseinandersetzungen, auch die Lage der Arbeiterklasse bestimmt. Akkumulation von Kapital heißt, gesehen vom Standpunkt der einzelnen Unternehmen, zunächst nichts anderes als die Anlage von Geld mit dem Ziel der Verwertung. Zunächst sind daher die **Geld- und Kapitalmärkte** zu betrachten, die wichtige Vermittlungsinstanzen der Kapitalakkumulation sind. Dabei sind die Märkte für **Kredite** und für **Wertpapiere** darzustellen, letztere werden als „fiktives Kapital“ bezeichnet.

Untersucht wird, anhand der „Bilanz des Bankensystems“, die Entwicklung der Nachfrage nach Krediten durch inländische und ausländische Nachfrager. Dabei signalisiert eine Beschleunigung der Kreditnachfrage in der Regel einen wachsenden Liquiditätsbedarf: Unternehmen, Konsumenten und/oder Staat benötigen zusätzliche fremde Mittel. Dies ist die „Nachfrageseite“ auf den **Kreditmärkten**, sie gibt wieder, wer in welchem Umfang und zu welchem Zweck bei den Banken Kredite nachfragt. Dabei gilt das Hauptaugenmerk der Nachfrage seitens der „Nichtbanken“; denn ein wachsender Teil der Kreditnachfrage besteht aus der gegenseitigen Nachfrage der Banken nach Refinanzierungskrediten.

Die „Angebotsseite“ auf den Kreditmärkten, die „Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten“, gibt die Einlagenentwicklung wieder, wobei auch die derzeit in der Öffentlichkeit diskutierte „Geldmenge“ bzw. deren Entwicklung dargestellt wird. Früher war davon ausgegangen worden – die „Monetaristen“, die derzeit herrschende Theorierichtung in der bürgerlichen Ökonomie tun dies immer noch –, daß eine Zunahme der Nachfrage nach Krediten auch eine wachsende realwirtschaftliche Aktivität widerspiegelt und umkehrt. Dies kann heute so nicht mehr behauptet werden: Die Kreditnachfrage dient immer mehr der Finanzierung von Geld- und Wertpapiergeschäften, sie hat also ihren Kontakt zum Bereich der Produktion von Gütern und Leistungen sehr stark gelockert, es ist zu einer relativen Verselbständigung des monetären Sektors gegenüber dem realwirtschaftlichen Sektor gekommen. Daher rühren Erscheinungen reiner Geld- und Währungskrisen, die nicht mehr unbedingt Folge von zyklischen oder Strukturkrisen sein müssen. Sie können diese allerdings auslösen, wie z. B. als Folge des Börsenkrachs vom Oktober 1987 befürchtet worden war.

Die Tendenz zur Verselbständigung zeigt sich noch stärker am **Wertpapiermarkt**. Die Ziffern über den Absatz von Wertpapieren geben Auskunft, wer in welchem Umfang fiktives Kapital nachfragt. In den letzten Jahren ist dies an erster Stelle die öffentliche Hand. Die Industrieobligationen haben völlig an Bedeutung eingebüßt, hier wird regelmäßig mehr zurückgezahlt als neu nachgefragt. Ein zunehmendes Gewicht sowohl als Anbieter als auch als Nachfrager haben Ausländer gewonnen, Ausdruck einer raschen Internationalisierung der Wertpapiermärkte. Gegenüber dem Primärmarkt, d. h. der Erstauflage von Wertpapieren, hat der Sekundärmarkt, der Handel mit alten Wertpapieren, an Gewicht gewonnen. Die Kapitallenkungs-funktion der Wertpapiermärkte ist gegenüber der Spekulationsfunktion zurückgetreten.

Schließlich spielt der **Zins** eine wichtige Rolle im Geldgeschäft, es werden hier verschiedene Indikatoren der Zinsentwicklung wiedergegeben. Der Zinsentwicklung wird in der bürgerlichen Ökonomie oft ein hoher Stellenwert für den Investitionsprozeß, d. h. die Anlage von Sachkapital, zugemessen. Niedrige Zinsen stimulieren die Investitionsnachfrage und damit die Konjunktur, hohe Zinsen dagegen bremsen. Letzteres trifft in einem gewissen Grade zu, vor allem dann, wenn die Eigenkapitalversorgung der Wirtschaft niedrig ist. Derzeit gilt allerdings für weite Teile der Wirtschaft, daß Liquidität und Selbstfinanzierungsgrad hoch sind, vor allem für die großen, dominierenden Konzerne.

Dies verweist auf die Frage, wovon die Sachinvestitionen als Kern des kapitalistischen Akkumulationsprozesses eigentlich abhängen. Dies ist von zentraler wirtschafts- und sozialpolitischer Bedeutung; denn – wie bereits oben angedeutet – hängt die Konjunktur (auf

der Erscheinungsebene) ab von der Relation zwischen Produktion und Markt. Die Investitionen stellen nun einerseits (in erster Instanz) zusätzliche Nachfrage dar. Eine kräftige Zunahme der Sachinvestitionen beinhaltet also eine Belebung der Konjunktur. Auf der anderen Seite aber sind die Investitionen auch die Grundlage für die Entwicklung der Produktionskapazitäten. Erweist es sich, daß diese rascher angewachsen sind als die Endnachfrage, so kommt es zu einer Verschlechterung der Kapazitätsauslastung, zu einem Rückgang der Investitionsnachfrage und zu einer Rezession.

Zu unterscheiden ist vor allem zwischen **Bauinvestitionen** und **Ausrüstungsinvestitionen**, wobei letztere hoch kapazitätswirksam sind. Entscheidend sind also die Schwankungen der Ausrüstungsinvestitionen. In der bürgerlichen Ökonomie gibt es – hinsichtlich der Bestimmungsgründe der Investitionen – zwei ganz unterschiedliche Positionen: Die eine behauptet, die Investitionen hängen ursächlich von den **Kosten** ab, d. h., je niedriger die Produktionskosten und je höher die Rentabilität, desto höher die Investitionen. Auf der anderen Seite dagegen wird die **Nachfrageabhängigkeit** der Investitionen betont. Selbst wenn die Produktionskosten niedrig und die Renditen auf das eingesetzte Kapital hoch sind, wird es nur dann zu Investitionen kommen, wenn die Entwicklung der Nachfrage eine ausreichende Auslastung der Zusatzkapazitäten gewährleistet. Für die konjunkturelle (kurzfristige) Perspektive belegen die empirischen Untersuchungen, auch Unternehmensbefragungen, daß die Investitionen, namentlich die Erweiterungsinvestitionen, in hohem Maße nachfrageabhängig sind. Komplizierter wird es, wenn die kurzfristige konjunkturelle Betrachtungsweise verlassen wird: Wodurch wird die Akkumulationsdynamik längerfristig, d. h. überzyklisch, bestimmt? Bedeutet eine hohe Profitrate auch eine hohe Akkumulationsrate, wie es sowohl die konservativen Ökonomen als auch der „traditionelle“ Marxismus behauptet haben?

Gewinne, Konzentration und Staatsmonopolistischer Kapitalismus

Zunächst spricht gegen diese These der Augenschein: Seit Mitte der siebziger Jahre steigen die Gewinne und die Kapitalrenditen wieder deutlich an, am Ende der achtziger Jahre ist der hohe Stand der sechziger Jahre wieder erreicht. Dagegen weist die Investitionsdynamik nach unten. Die auch längerfristige „Entkoppelung“ von Kapitalrentabilität und Investitionstätigkeit verweist auf eine strukturelle Deformation des Kapitalismus, die mit der Kategorie des **Staatsmonopolistischen Kapitalismus** schlagwortartig definiert wird. Unter klassischen Bedingungen führt eine zyklische Krise zur Vernichtung von überakkumuliertem Kapital, damit auch zu einer Beseitigung der Ungleichgewichte von Produktion und Markt. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Kapitalvernichtung unter den heutigen Bedingungen einer hochkonzentrierten Wirtschaft anders aussieht. Die großen Monopole können sich – kraft ihrer Wirtschaftsmacht – diesen verlustreichen Wirkungen der Krise teilweise entziehen. Zudem greift der Staat ein, um das „große“ Kapital vor Vernichtung zu schützen, weil der Zusammenbruch bedeutender Banken und Konzerne leicht einen großen „Krach“ auslösen könnte. So kommt es auf der einen Seite durchaus zu einer Stabilisierung der Kapitalrentabilität, aber ohne daß die Überproduktion von Waren und Kapital gleichzeitig beseitigt wird. Diese Disproportionen behindern die Neuanlage von Kapital, welches nun zunehmend in der Sphäre der Geld- und Kapitalmärkte Anlage sucht und findet.

Der Entwicklung der **Gewinne** kommt daher eine zunehmend parasitäre Funktion zu. Die INFORMATIONEN sind bei der Wiedergabe dieser zentralen empirischen Kategorie auf sehr unsichere Größen verwiesen, die zudem erst mit einer gewaltigen Zeitverzögerung zur Verfügung stehen. Die „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ sind, wie schon oben dargestellt, die amtliche Größe. Sie enthält allerdings querdurch Zinseinkünfte der Sparer, Unternehmergewinne im engeren Sinne, Einkommen der Freiberuflischen sowie Erträge von Bauern und Handwerkern; stellt also ein buntes Gemisch von Einkommensarten dar. Trotzdem konzentriert sich die öffentliche Auseinandersetzung hierauf. Die INFORMATIONEN versuchen darüber hinaus, andere Indikatoren ergänzend einzubeziehen, wie z. B. die ausgewiesenen Erträge großer Konzerne und Banken, Gewinnschätzungen von Anlageberatern u. ä. Trotzdem gehört dieser Bereich zu den empirisch sehr schlecht belegten Abschnitten, was vor allem mit der Öffentlichkeitsscheu des Kapitals in diesem „Intimbereich“ zu tun hat. Trotzdem gelingt es,

mit einiger Zeitverzögerung die großen Linien nachzuzeichnen. Sieht man von konjunkturellen Schwankungen ab – in der Krise stagnieren die Gewinne oder gehen zurück, im Aufschwung steigen sie beschleunigt –, so fällt in den achtziger Jahren das gegenüber den siebziger Jahren kräftig erhöhte Niveau ins Auge, nachdem das Niveau der Kapitalverwertung bis Anfang/Mitte der siebziger Jahre deutlich zurückgegangen war.

Nachgezeichnet wird anhand von einigen Indikatoren wie den registrierten Fusionen und der Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen auch der laufende Konzentrationsprozeß. Die bedeutendsten Fälle werden dargestellt, die „amtliche“ Statistik, vor allem die in zweijährigem Rhythmus erscheinenden Berichte des Bundeskartellamts und die Berichte der Monopolkommission werden ausgewertet.

Die Lage der Arbeiterklasse

Der zweite Hauptteil der INFORMATIONEN befaßt sich mit der laufenden Darstellung einiger Indikatoren, die für die Lage der Arbeiterklasse zentrale Bedeutung haben. Dabei geht es in erster Linie um den engen Bereich der materiellen Situation, worin sich bekanntlich die „Lage“ aber keineswegs erschöpft. Zunehmend gewinnen Aspekte an Gewicht, die hier nicht oder doch nur in Einzelfällen behandelt werden können: Der Zustand der Umwelt, Fragen der Gleichberechtigung der Geschlechter, kulturelle Fragen im weiteren Sinne, Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen, Mitwirkungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz usw. sind Momente, die für die Lage der Arbeiterklasse auch subjektiv an Gewicht gewinnen.

Trotzdem bleibt die Grundlage die materielle Situation, bestimmt vor allem durch die Entwicklung und die Höhe der **Arbeitseinkommen**. Dabei geht es wieder um zwei Aspekte: die Einkommenshöhe je Beschäftigten und die Summe der Arbeitseinkommen, welche die Konsumnachfrage zu einem erheblichen Teil bestimmt. Die wiedergegebenen Datenreihen erfassen nur sehr grobe Trends, können die tatsächliche Differenzierung nicht ausdrücken. Dies kann nur von Fall zu Fall, in gewissen Abständen, geleistet werden. Immerhin ist darauf zu verweisen, daß es in den letzten Jahren zu einer stärkeren Differenzierung in der materiellen Situation gekommen ist. Die an der rapiden Zunahme der Zahl der Sozialhilfeempfänger ablesbare sich ausbreitende Armut bei bestimmten Teilen der Bevölkerung ist die eine Seite dieses Prozesses. Dem entspricht auf der anderen Seite eine große Gruppe auch von abhängig Beschäftigten, welche über hohe Einkommen und Vermögen verfügen. Von Fall zu Fall kann dies anhand von Untersuchungen über die „personelle Einkommensverteilung“ dargelegt werden, wobei alle bestimmten Haushaltsgruppen zufließenden Einkommen, unabhängig von der Einkommensquelle, zusammengezählt werden. Die „personelle Einkommensverteilung“ ist eine notwendige Ergänzung der die „funktionelle“ Verteilung zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen wiedergebenden Lohn- und Gewinnquotenrechnung.

Das Thema der **Inflation** ist in den letzten Jahren etwas aus der öffentlichen Diskussion verschwunden, kein Grund, der Preisentwicklung weniger Aufmerksamkeit zu widmen. Denn die Inflationsberuhigung in den kapitalistischen Industrieländern ist vor allem eine Folge sinkender Rohstoffpreise gewesen, also „importiert“ worden. Die Kehrseite der Preisstabilität hier ist eine galoppierende Geldentwertung in der Dritten Welt, Ausdruck einer massiven Verschlechterung der internationalen Austauschverhältnisse im Außenhandel zu Lasten der unterentwickelten Länder.

Die im Abschnitt über die Preisentwicklung regelmäßig dargestellten „Preisindizes“ bzw. ihre Veränderung dürfen daher nicht einfach als identisch mit „Inflation“ bzw. deren Abwesenheit verstanden werden. So haben die Unternehmen in den letzten Jahren die günstige außenwirtschaftliche Situation, d. h. hier den Verfall der Importpreise, benutzt, um ihre Gewinne deutlich anzuheben. Es hat sich also ein Prozeß der „inflationären“ Umverteilung vollzogen, der allerdings vor dem Hintergrund niedriger allgemeiner Preissteigerungs-raten nicht aufgefallen ist.

Als **Inflationsrate** gilt gemeinhin die Veränderung der Indizes der Lebenshaltungspreise im Vergleich mit dem jeweiligen Zeitraum des Vorjahres. Wie auch bei anderen Jahresvergleichen ist hier auf die Interpretation zu achten: Starke Veränderungen in den Jahresvergleichsraten können sowohl auf aktuelle Veränderungen als auch auf Veränderungen im entsprechenden Vergleichszeitraum

des Vorjahres hindeuten. („Basiseffekt“). Da die Inflationsrate in der öffentlichen Auseinandersetzung bis in die Tarifverhandlungen hinein ein gewichtiges Datum ist, ist eine differenzierte Betrachtung erforderlich. So werden starke Preiserhöhungen bei bestimmten Produktgruppen oft statistisch durch Preissenkungen bei anderen ausgeglichen, obwohl ganz verschiedene Gruppen der Bevölkerung durch das eine entlastet und das andere belastet werden. Leider gibt es bis heute keinen Index, der z. B. die Preisentwicklung beim **laufenden Verbrauch** mißt, was ähnlich wichtig wäre wie ein Preisindex der festen Belastungen wie z. B. Mieten, Haushaltsenergie usw. Am Beispiel der Mieten zeigt sich ein weiteres Problem von statistischen Durchschnitten: So kommt das Statistische Bundesamt zu durchschnittlichen Quadratmetermieten von derzeit fünf bis sechs DM im Monat. Jeder aber weiß, daß in Ballungsgebieten bei Neuvermietung das Doppelte als normal zu gelten hat.

Der Sozial- und Steuerstaat

Bei einem Vergleich der Brutto- und Nettowerte der Gewinne bzw. der Löhne und Gehälter zeigt sich die Bedeutung des **Steuersystems** für die Einkommensentwicklung und -verteilung. In den letzten Jahren sind die Nettogewinne durchweg stärker angestiegen als die Bruttogewinne, umgekehrt sind die Nettolöhne und -gehälter – mit Ausnahme weniger Jahre – langsamer gewachsen als die Bruttoarbeitseinkommen. In der öffentlichen Diskussion, in den Massenmedien, wird zumeist von den Bruttobetragungen ausgegangen, d. h. die Umverteilungswirkung des Steuersystems wird ausgeklammert.

Bei der Berechnung der Lohnquote, einem für die sozialen Auseinandersetzungen zentralen Wert, ist diese Unterscheidung gleichbedeutend mit gegensätzlichen Gesichtspunkten, die aber beide ihre Berechtigung haben: So stellen die „Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“ vom Standpunkt des Einzelunternehmens in der Tat die für diese entscheidende **Kostenseite** dar. Die Aufteilung in Sozialbeiträge (der „Arbeitgeber“ und der „Arbeitnehmer“), in Lohnsteuer und in Nettoarbeitseinkommen ist für das Einzelkapital zunächst nicht von Interesse. Wer diesen Standpunkt als einzig richtigen Blickwinkel begreift, der wird sich auf die Bruttowerte beschränken. Dagegen ist für den Empfänger von Arbeitseinkommen, für seine **soziale Lage** erstmal entscheidend, wie hoch das verfügbare Nettoeinkommen ist. Auch sind die Höhe, die Entwicklung und der Anteil der verfügbaren Arbeitseinkommen am gesamten „Volkseinkommen“ wichtig für die Absatzlage, die Konjunktur und damit auch für das Wachstumstempo der Wirtschaft.

Die Lage der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus ist in hohem Maße unmittelbar politisch bestimmt, was vor allem auf dem Gebiet der **Sozialpolitik** nachvollziehbar ist. Die INFORMATIONEN bemühen sich, die laufenden Veränderungen im System der Sozialen Sicherung nachzuzeichnen, wobei natürlich nicht auf jedes – für die politische Auseinandersetzung möglicherweise wichtige – Detail eingegangen werden kann. Für die letzten Jahre ist als Trend vor allem sichtbar, daß das Hauptgewicht weniger auf materiellen Verschlechterungen, d. h. auf quantitativen Einschränkungen liegt. Diese gibt es, auf der anderen Seite aber hat es seit etwa 1985 auch wieder Verbesserungen wie z. B. das Erziehungsgeld, die Verlängerung des Arbeitslosengeldes und einiges andere gegeben.

Qualitative Veränderungen stehen nun im Vordergrund, bei denen Stichworte wie „Selbstbeteiligung“, „Markt“, „Eigenverantwortung“ die Richtung angeben. Quantitative Kennziffern, wie z. B. das **„Sozialbudget“**, können diese Momente nicht voll erfassen. Trotzdem sind das „Sozialbudget“ als Zusammenfassung sämtlicher sozialer Aufwendungen und die „Sozialleistungsquote“ als Relation zwischen Sozialbudget und Sozialprodukt wichtige Indikatoren: So wird mit Hinweis auf eine steigende Sozialleistungsquote für Sozialabbau plädiert, da die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft angeblich überfordert sei. Tatsächlich aber ist in den letzten Jahren diese Quote trotz umfangreicher Kürzungen kaum gesunken, weil die Rotstiftpolitik nämlich selbst zu einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, d. h. einer Absenkung des Sozialprodukts im Verhältnis zu den produktiven Möglichkeiten geführt hat. Ähnlich verhält es sich mit der **„Staatsquote“**, der Relation zwischen Sozialprodukt und öffentlichen Ausgaben. Dieser Wert, der derzeit bei ungefähr 46 Prozent liegt, gibt an, wie groß der Anteil der über die

öffentlichen Haushalte umverteilten Teile des Sozialprodukts ist, nicht wem diese Mittel im Endeffekt zufließen.

Kampffeld Arbeitsmarkt

Seit einigen Jahren bemühen sich die INFORMATIONEN, neben den quantifizierbaren Ergebnissen der sozialen Auseinandersetzungen, wie sie in Lohnhöhe, Preisentwicklung, Arbeitszeit usw. zum Ausdruck kommen, auch die neuen Momente in den **sozialen Kämpfen** selbst darzustellen. Dazu gehört eine Auflistung der wichtigsten Tarifabschlüsse, mehr noch eine Auseinandersetzung mit wichtigen Erfahrungen, mit neuen Kampfmethoden, mit neuen Themen. Auch hier können nur grobe Tendenzen der Klassenaussensetzungen nachgezeichnet werden, und doch zeigt ein Blick auf die Erfahrungen der letzten Jahre, was für wichtige Veränderungen sich in Konfliktfeldern, Kampfformen und aktiven Gruppen vollzogen haben.

Besondere Aufmerksamkeit gilt der Entwicklung auf dem **Arbeitsmarkt**, denn die seit 1975 anhaltende Massenarbeitslosigkeit stellt den entscheidenden Hebel der Kapitaleseite zur Veränderung der gesamten sozialen und politischen Landschaft des Landes dar. Auch hier ist die Statistik ein wichtiges Kampffeld, vor allem, weil es Regierung und Kapital derzeit weniger darum geht, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren als sie konsensfähig zu machen. Die Öffentlichkeit und die gesellschaftlich relevanten sozialen und politischen Kräfte sollen sich mit dem bestehenden Zustand abfinden. Die zahlreichen z. T. erfolgreichen Versuche, über Manipulationen an der Statistik die Arbeitslosigkeit zu „reduzieren“, sollen das Problem selbst aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängen.

Allerdings steckt hinter diesen Manipulationsversuchen ein reales Problem: Je länger die Arbeitslosigkeit andauert, desto stärker verschiebt sich seine Struktur in Richtung auf die sozial schwächsten Schichten. Die Arbeitslosigkeit, vor allem die Dauerarbeitslosigkeit, betrifft nicht alle Gruppen von Lohnabhängigen gleichmäßig. Die Arbeitslosigkeit ist der Hebel zur Umstrukturierung des Beschäftigungssystems in Richtung auf die für die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals geeignetsten Gruppen, d. h. arbeitslos bleiben auf längere Sicht diejenigen, die als leistungsschwach gelten. So kann dann der Eindruck erweckt werden, die Arbeitslosigkeit sei Folge dieser Unangepaßtheit an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes. Da setzt die statistische Debatte an: Von der Feststellung, die Arbeitslosen trügen den Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht Rechnung bis hin zur statistischen Bereinigung ist es nur ein Schritt. Dagegen bleibt festzuhalten, daß die Dauerarbeitslosigkeit mit ihren Konsequenzen für die Struktur der Arbeitslosigkeit die **Folge** eines globalen Arbeitsplatzmangels ist.

Neben der amtlichen Statistik der Bundesanstalt für Arbeit bemühen sich die INFORMATIONEN, alle verfügbaren Quellen zu nutzen. Von Bedeutung ist dabei vor allem die Kategorie der stillen Reserve. Auf der Grundlage von Schätzungen über die potentiellen Erwerbsquoten verschiedener Bevölkerungsgruppen wird versucht, die Zahl der Beschäftigten zu errechnen, die bei einem ausreichenden Angebot von Arbeitsplätzen arbeiten würde. Die Differenz zwischen den tatsächlich Erwerbstätigen und den so berechneten Erwerbsquoten stellt die **tatsächliche Arbeitslosigkeit** dar.

Notwendig: Ein langer Atem

Der Leser der INFORMATIONEN sieht sich in den einzelnen Abschnitten mit einer Fülle von Fachausdrücken, komplizierten Tabellen, statistischen Definitionen konfrontiert, die nicht in jeder Ausgabe erneut erläutert werden können. Allerdings bemühen sich die Autoren doch, dies in gewissen Abständen nachzuholen. Gleiches gilt auch für die Darstellung längerer Entwicklungstrends, vor deren Hintergrund viele aktuelle Daten erst sinnvoll interpretiert werden können. Mit Sicherheit werden von Zeit zu Zeit einschlägige „Lange Reihen“ wiedergegeben, die eine Einordnung der neuesten Daten in längerfristige Trends erlauben.

Den Informationsgehalt dieser vierteljährlichen Publikation wird also nur derjenige voll ausschöpfen, der sie **regelmäßig** verfolgt. Obwohl in den letzten Jahren verstärkt auch wichtige Einzelfragen behandelt wurden, so liegt der eigentliche Wert der Veröffentlichung doch in ihrer Kontinuität, mit der anhand einer Systematik wirtschaftliche und soziale Fragen dargestellt werden. Wie in vielen Dingen ist auch hier ein langer Atem nötig. Jörg Goldberg

Bilanzkennzahlen der Großbanken (Konzernzahlen)

	1985	Deutsche Bank 1986	1987	1985	Dresdner Bank 1986	1987	1985	Commerzbank 1986	1987
Bilanzsumme	237	257	268	189	197	207	137	148	162
Geschäftsvolumen	243	262	272	193	201	210	140	151	164
Teilbetriebsergebnis	1,9	2,9	2,5	1,7	1,8	1,5	1,1	1,2	1,1
Betriebsergebnis ¹	4,0	5,1	3,3	2,6	2,9	2,3	1,5	1,6	1,3

¹ Schätzung des Handelsblatts
(Quelle: Handelsblatt)

Daß die Finanzkraft der Großbanken ungebrochen ist, zeigt ein Blick auf die Geschäftsentwicklung insgesamt. Die Deutsche Bank meldete das beste Deckungsverhältnis zwischen Eigenkapital und Bilanzsumme seit 1957 (FAZ, 31. 3. 88). Bei allen drei sind die Bilanzsummen auch im letzten Jahr gestiegen, ebenso die Erträge aus dem „regulären Geschäft“ (Kredite, Konten u. ä.). Dementsprechend wird der Expansionskurs fortgesetzt. Bei der Deutschen Bank kürte die Hauptversammlung im Mai Alfred Herrhausen zum alleinigen Vorstandssprecher. (Bislang gab es hier zwei gleichberechtigte Träger dieser Funktion.) Ziel der Deutschen Bank ist es, in die Gruppe der zehn größten Banken der Erde vorzustoßen (derzeit auf Rang 15). Hierzu soll vor allem das internationale Netz der Beteiligungen ausgebaut werden (eine französische Tochter wird gesucht). Im Herbst will man auch entscheiden, ob die Deutsche Bank künftig im Versicherungsgewerbe (durch Gründung einer eigenen Lebensversicherungsgesellschaft) aktiv werden will.

Die Deutsche Bank mit ihrem „in der Bundesrepublik teilweise bedrückenden Gewicht“ (FAZ, 11. 5. 88) ist auch gegenüber ihren beiden nächsten Konkurrenten gleichbleibend im Vorteil. Ungeachtet der aktuellen Entwicklung aufgrund des Börsenkrachs hat sie 0,92 Prozent ihrer Bilanzsumme als Teilbetriebsergebnis im regulären Geschäft erwirtschaftet, die Dresdner 0,73 Prozent und die Commerzbank 0,68 Prozent. „Die Ertragsunterschiede sind noch immer bemerkenswert deutlich“ (Handelsblatt, 25. 4. 88).

2.2 Konzentration

Die Übernahme von MBB durch Daimler-Benz wurde im Mai auch noch auf andere Weise vorangebracht. Der Stuttgarter Multi hatte als eine weitere Bedingung dafür, daß er sich zu dem Deal herabläßt, genannt, daß in naher Zukunft reichlich Rüstungsaufträge für MBB hereinkommen – namentlich der „Jäger 90“. Ähnlich dem MRCA „Tornado“ soll dieses Flugzeug eine Gemeinschaftsproduktion in der EG (Großbritannien, Italien, Spanien, BRD) werden. Der Haushalts- und Verteidigungsausschuß des Bundestags stimmten dem Projekt trotz erheblicher Bedenken auch in den eigenen Reihen zu. Am 16. Mai wurden die entsprechenden Verträge durch die Rüstungsminister unterzeichnet.

In den Ausschüssen war von 6,1 Mrd. DM Entwicklungs- und 16,6 Mrd. Beschaffungskosten die Rede. Nicht zuletzt wegen der „Tornado“-Erfahrungen (der fünfeinhalbmal so teuer wurde wie anfangs angegeben) sind auch die 50 Mrd., die der Bundesrechnungshof schätzte, vermutlich zu niedrig gegriffen. Wie dieses Faß ohne Boden in den nächsten Jahren finanziert werden soll, ist völlig unklar – von den gleichzeitigen Bonner Forderungen nach konventioneller Abrüstung ganz zu schweigen. Hauptsache, Daimler-Benz ist zufrieden: Der „Jäger 90“ wird in der BRD produziert werden von Dornier, MTU – beides Tochterfirmen von D.-B. – und MBB; die Elektronik wird wesentlich von der AEG geliefert werden – ebenfalls eine Daimler-Benz-Tochter. MTU und MBB hatten übrigens von der Luftwaffe den Auftrag erhalten, preiswertere Alternativen zu prüfen (z. B. den Einkauf amerikanischer Modelle). Der Vergleich fiel zuungunsten der Konkurrenz aus.

Um beim Thema Daimler-Benz zu bleiben: Im April wurde die AEG – die Daimler 1985 mehrheitlich (56 Prozent) gekauft hatte – mit dem Mutterkonzern verschmolzen. Sie hört damit auch juristisch auf, ein selbstständiges Unternehmen zu sein. Daimler-Benz unterbreitete den Aktionären der AEG das Angebot

- Umtausch von fünf AEG- in eine Daimler-Benz-Aktie,
- Garantiedividende von 20 Prozent der D.-B.-Dividende,

– Kaufpreis von 200 DM je AEG-Aktie.

Sollten alle freien Aktionäre ihre Papiere verkaufen, müßte Daimler-Benz 1,6 Milliarden bezahlen, was – nach D.-B.-Finanzchef Liener – „das Unternehmen nicht stören“ würde.

Die AEG hatte gerade noch rechtzeitig ihren Verlustvortrag aus der Zeit des Vergleichs (1982) „gerettet“. Dessen steuerliche Nutzung – d. h. die Verrechnung mit Profiten – wäre 1987 letztmalig möglich gewesen. Es waren aber noch eineinhalb Milliarden ungenutzt. Deshalb wurde eine „AEG Anlagenvermietung GmbH & Co. OHG“ gegründet. An sie „verkaufte“ die AEG ihre gesamten Sachanlagen zum Verkehrswert. Weil diese Anlagen in der Bilanz – wie üblich – viel zu niedrig ausgewiesen waren, entstand ein „Gewinn“ von knapp 1,5 Mrd., der mit dem Verlustvortrag verrechnet und nicht versteuert wurde. Die neue OHG vermietet die Anlagen an die AEG und macht dabei – wegen der hohen Buchwerte – vermutlich Verluste. Diese wirken sich natürlich steuermindernd aus.

Im Frühjahr 1988 wurde durch spektakuläre Vorgänge um den Springer-Konzern die Aufmerksamkeit auf die Konzentrationsprozesse im Mediensektor gerichtet. In den vergangenen Jahren hat es eine erhebliche Zusammenballung von Eigentum bei den verbliebenen Tageszeitungen gegeben, wobei sich die Süddeutsche Zeitung und vor allem der WAZ-Konzern hervortaten. Diesmal ging es um ein Engagement auf der nächsthöheren Etage. Der größte bundesdeutsche Filmhändler, Leo Kirch aus München (hinter ihm steht die Deutsche Genossenschaftsbank), versucht schon seit längerem, die Herrschaft über den Springer-Konzern zu erreichen. Möglich wurde das, nachdem der Verleger A. C. Springer 74 Prozent der Aktien seines Imperiums verkauft hatte (darunter an die drei Burda-Erben und Kirch). Letzterer besitzt 10 Prozent der Anteile; über weitere 16 Prozent kann er nach eigenem Bekunden „disponieren“.

Im April 1988 traf Kirch mit den Burda-Erben Franz und Frieder ein Abkommen, die Anteile zusammenzulegen und so eine Mehrheit im Springer-Konzern zu zimmern. Für Kirch sollte die Aktion den Einstieg in den europäischen Konkurrenzkampf um die neuen Medienmärkte ermöglichen. Über den privaten Fernsehsender SAT 1 (an dem Springer und Kirch beteiligt sind) sollte ein international operierender Medienverbund aus Pressekonzern, Privatfernsehen und Programmverleih geschaffen werden – ein in dieser Form hierzu neuartiges Gebilde. Die maßgebliche Figur dabei wäre Leo Kirch geworden.

Das Geschäft funktionierte in der vorgesehenen Form nicht. Zunächst wurde bekannt, daß F & F Burda samt Kirch entgegen erster Ankündigungen keine Mehrheit bei Springer zusammenbringen würden. Dann verkauften die Burda-Brüder ihre Anteile an den Springer-Nachlaß zurück, der damit eine Aktienmehrheit hat. (Daß die beiden dabei 300 bis 400 Mio. DM Profit gemacht haben, sei nur am Rande erwähnt.)

Der Multimediaverbund ist damit nicht gestorben. Kirch hält an seinen Plänen fest und schafft sich bessere Voraussetzungen zu ihrer Verwirklichung. Inzwischen besitzt er die Mehrheit an der PKS-Programmgesellschaft, die den SAT 1 maßgeblich beliefert. Und zu Hubert Burda – dem dritten Erben, der die anderen beiden wegen des geplatzen Deals inzwischen verklagt hat – unterhält er „ein mindestens respektvolles Verhältnis“ (Wirtschaftswoche).

Vor allem aber ist im Bereich der audiovisuellen Medien ein dichtes Geflecht von Tochter- und Enkelfirmen entstanden, über das die wenigen Großen der Branche schon eng zusammenhängen. Die materiellen Voraussetzungen für einen übergreifenden Konzern

sind vorhanden. Dessen Bildung ist vermutlich nur möglich über eine Art von „Showdown“, einen (vorläufigen) Endkampf um die Vorherrschaft im Gewerbe. Die Zukunft ist noch für manche Überraschung gut.

2.3 Die Privatisierungswelle

Im Mai 1988 legte der Bundesfinanzminister der Öffentlichkeit ein Angebot vor: Die Restanteile, die der Bund an seiner einstigen 100-Prozent-Besitzung „Vereinigte Industrieanlagen GmbH“ noch hatte, wurden zum Kurs von 210 DM pro 50-DM-Aktie auf den Markt geworfen. Inwieweit die Offerte ankam, war bei Manuskriptabschluß noch offen. Da aber die Privatisierung von Staatseigentum derzeit im Trend liegt, darf mit einem positiven Ausgang gerechnet werden.

Der Vorgang erinnert daran, daß staatliche Betriebe auch hierzulande keine Seltenheit sind. 1983 – vor Beginn der jüngsten Privatisierungswelle – beherrschte der Bund ein Grundkapital von 6,7 Mrd. DM, davon fast 40 Prozent im Industriebereich (Energiewirtschaft, Grundstoffindustrie, Automobilbau). Seine Firmen bewegten 8,5 Prozent des Umsatzes im produzierenden Gewerbe und beschäftigten fast 200 000 Arbeiter und Angestellte. Hinzu kamen die Konzerne, an denen der Bund wesentliche Minderheitsanteile hielt (Veba und VW, mit über 500 000 Beschäftigten), weiterhin die staatlichen Sondervermögen Bundesbahn und -post, sowie die Betriebe im Besitz der Bundesländer und der Kommunen. (Quelle: BMF, Beteiligungen des Bundes im Jahr 1983, Bonn o. J.)

In allen kapitalistischen Staaten betrachtet die herrschende Klasse staatliche Unternehmen mit gemischten Gefühlen. Zum einen weiß man sehr wohl, daß ohne ständige Staatseingriffe der Wirtschaftsprozess nicht laufen könnte. Wo bliebe die „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ ohne Sondertarife der E-Werke, der Bundesbahn und -post, der kommunalen Infrastrukturbetriebe? Wo käme man hin, wenn nicht der Staat bei Bedarf marode oder alimentationsabhängige Konzerne aufkaufen oder über Wasser halten würde?

Andererseits sind Unternehmen im Staatseigentum Fremdkörper im Spiel der Kapitale, weil sie Kapitalverwertungsbereiche besetzen, und zugleich der praktische Beweis dafür sind, daß es auch ohne Privateigentum geht. Die Forderung nach „Entstaatlichung“ zumindest der profitablen öffentlichen Betriebe bzw. Betriebsteile verstummte daher nie und fand auch immer ein offenes Ohr in Bonn.

Zwischen 1950 und 1957 wurden rund 60 Bundes- und Landesunternehmen ganz oder teilweise verkauft. Argument: wettbewerbsfördernde Mittelstandspolitik (auch wenn fast ausschließlich Großunternehmen die Käufer waren). Danach kam die hohe Zeit der Sozialpartnerschaft mit den „Volksaktien“: Preußag, VW und Veba wurden zu erheblichen Teilen an Beschäftigte und Fremdkapitaläre veräußert. Nutznießer waren vor allem die Banken, die über das Depottimmrecht die Kommandogewalt in den Firmen gewannen. Auch unter den SPD/FDP-Regierungen ging der Verkauf von Bundesvermögen weiter (z. B. weitere Veba-Anteile, allerdings ohne Belegschaftsrabatt).

Daß nach der „Wende“ die Kohl/Genscher-Regierung einen neuen Privatisierungsschub versprach, war fast schon eine Selbstverständlichkeit. Schließlich gehört das Credo „mehr Markt – weniger Staat“ zu ihren ideologischen Prinzipien. Durch Privatisierung von Staatsbetrieben könnten angeblich der Wirtschaft neue Wachstumsimpulse gegeben werden; wie das funktionieren soll, wenn nur die Eigentümer wechseln, bleibt im dunkeln. Auch das Argument, die Unternehmen würden den Staat mehr kosten als einbringen, ist sehr kurz gegriffen: Ein Verkauf ausgerechnet der profitablen Teile des Besitzes dürfte jedenfalls kaum Abhilfe bringen.

Finanzminister Stoltenberg hatte es eilig. Schon 1983 ließ er in einem Regierungsbeschluß elf Firmen festlegen, die bis 1987 ganz oder größtenteils verkauft werden sollten. Entscheidendes Auswahlkriterium waren anhaltend günstige Wachstums- und Profitaussichten. Es handelte sich um folgende Unternehmen (die Zahlen betreffen 1983, das Jahr der Beschlußfassung):

Deutsche Lufthansa AG. Umsatz 8,2 Mrd., Besch. 31 600, Gewinn 63 Mio. Anteile (GK 900 Mio.): Bund 74,3 Prozent, sonst. Staat 7,85 Prozent, Rest Streubesitz.

Deutsche Pfandbriefanstalt (Depfa). Bilanzsumme 52 Mrd., Besch. 704, Gewinn 25 Mio. Anteile (GK 244 Mio.): Bund 66,9 Prozent, sonst. Staat 31,7 Prozent, Rest Streubesitz.

Vereinigte Industrie-Unternehmen AG (Viag). Umsatz 7,2 Mrd., Besch. 24 400, Gewinn 109 Mio. Anteile (GK 570 Mio.): Bund 87,2 Prozent, Kreditanstalt für Wiederaufbau 12,8 Prozent.

Prakla-Seismos GmbH. Umsatz 319 Mio., Besch. 1 588, Gewinn 7,1 Mio. Anteile (GK 26 Mio.): Bund 95 Prozent.

Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank (DSL-Bank). Bilanzsumme 31 Mio., Besch. 546, Gewinn 26 Mio. Anteile (GK 256 Mio.): Bund 99 Prozent.

Industrieverwaltungs GmbH (IVG). Umsatz 242 Mio., Besch. 3 550, Gewinn 8,1 Mio. Anteile (GK 54 Mio.): Bund 100 Prozent.

Deutsche Industrieanlagen GmbH (Diag). Umsatz 727 Mio., Besch. 3 982, Anteile (GK 160 Mio.): Bund (indirekt) 100 Prozent.

Volkswagen AG. Umsatz 40 Mrd., Besch. 231 700, Anteile (GK 1,2 Mrd.): Bund 20 Prozent, Niedersachsen 20 Prozent, Rest Streubesitz.

Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen mbH (GfN). Umsatz 345 Mio., Besch. 429, Gewinn 7,7 Mio. Anteile (GK 61 Mio.): Bund 100 Prozent.

Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank AG (DVKB). Besch. 874, Gewinn 7,8 Mio. Anteile (GK 65 Mio.): Bundesbahn 100 Prozent.

Schenker & Co GmbH. Umsatz 5,8 Mrd., Besch. 11 000, Gewinn 3,6 Mio. Anteile (GK 60 Mio.): Bundesbahn 100 Prozent.

Der Privatisierungszeitplan kam durch den Börsenkrach 1987 durcheinander (zeitweise sanken die Aktienkurse so tief, daß es selbst der CDU/FDP zuwenig war), aber das Programm wurde beibehalten. Bis April 1988 waren Aktien im Wert von 6,5 Mrd. losgeschlagen. Zum Jahresbeginn war der Rest an der VW AG verkauft worden, und im Herbst werden 48 Prozent der DSL-Bank angeboten. Die Veräußerung von 67,9 Prozent der Depfa ist für das kommende Jahr geplant. Allein 1988 wird der Bund aus diesen Transaktionen 2,2 Mrd. DM einnehmen. Um diese Summe wird der Bundeshaushalt entlastet. Bei der Beurteilung der Seriosität Stoltenberg-scher Finanzpolitik sollten diese Sondereinnahmen berücksichtigt werden.

Sicher würde es der Finanzminister als infame Unterstellung werten, wollte man ihm finanzielle Motive bei der Privatisierung unterstellen. Ihm gehe es mehr um „ordnungspolitische Überzeugungen“, ließ er wissen (Handelsblatt vom 3. 5. 88). Vermutlich stimmt das auch, denn vorrangig will das Kapital neue Anlagemöglichkeiten erschließen.

Auf dieser Ebene sind auch die maßgeblichen Gründe für die „Neuordnung“ der Bundespost (und im Hinterkopf der Macher der Bundesbahn) zu suchen. Im Mai 1988 wurde das entsprechende Konzept für die Post im Kabinett beschlossen, schon nach der Sommerpause soll das Gesetz im Bundestag beraten und im Herbst verabschiedet werden. Anfang nächsten Jahres würde dann die „Umstrukturierung“ beginnen.

Geplant ist die Aufspaltung der Bundespost in drei Teile: den hochprofitablen Telekommunikationssektor, den ebenfalls profitablen Postbanksektor sowie die defizitäre „gelbe Post“ (Brief- und Paketzustellung). Würde dieses Konzept durchgesetzt, dann ist die Perspektive entgegen allen anderslautenden Versprechungen klar: Die ersten beiden Bereiche stünden über kurz oder lang zur Privatisierung an, der dritte bliebe – ähnlich der Bundesbahn – ein ständiges alimentationsbedürftiges Ärgernis. Die „Notwendigkeit“ von Leistungsabbau und Arbeitsplatzvernichtung „im Interesse des Steuerzahlers“ wäre weitaus glaubwürdiger als derzeit vorzutragen.

Rationalisierungen und Personalabbau stehen auch in den Betrieben an, die im Staatseigentum bleiben. Denn sie sollen für eine zukünftige Privatisierung attraktiv gemacht werden. „Prinzipiell gehört der gesamte staatliche Besitz auf den Prüfstand“ der Privatisierung (FAZ, 17. 11. 84), und zwar einschließlich des Wirtschaftseigentums der Länder und Kommunen, wie der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) meint (DIHT-Nachrichten 37/84, Bonn, Dezember 1984).

Steht demnach der Ausverkauf staatlichen Eigentums bevor? Mitnichten! Auch künftig wird der Bund Milliarden bereitstellen und eventuell Firmen kaufen, wenn übergeordnete Interessen des Kapitals dies als sinnvoll erscheinen lassen. Trotzdem ist die derzeitige Privatisierungswelle – wie alle vorangegangenen – abzulehnen, denn es ist nicht gleichgültig, ob bestimmte Wirtschaftsbereiche dem unmittelbaren Verwertungsdictat des Monopolkapitals unterworfen werden oder nicht. Im Fall der Bundespost leuchtet dies besonders ein. Die Privatisierung von Staatsunternehmen ist die reaktionärste Variante volkswirtschaftlicher Regulierung.

Wie eine Verstaatlichung nach Monopolherrenart aussieht, kann man am Beispiel des Airbus-Projekts studieren. Auf Wunsch aus

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Tariflohnabschlüsse des ersten Halbjahres 1988 lagen deutlich unter denen des Vorjahres. Teilweise hängt das mit Vorleistungen der Gewerkschaften für Arbeitszeitverkürzungen zusammen, die meist erst 1989 realisiert werden.

Die tariflichen Einkommensverbesserungen fallen vor allem dann besonders bescheiden aus, wenn man die allmählich wieder auflebende Preistendenz in Betracht zieht. Allerdings setzt sich der Anstieg der realen Arbeitseinkommen auch im laufenden Jahr fort, nicht langsamer als im Vorjahr. Dies hängt vor allem mit den Auswirkungen der Steuerreform zusammen, die im Durchschnitt doch

Reallohnentwicklung¹

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988 ²
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+ 8,6	+ 4,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 3,0	+ 3,7	+ 5,0	+ 3,8	+ 3,5
Nettolohn- und -gehaltssumme	+ 6,8	+ 3,8	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,8	+ 2,3	+ 5,4	+ 2,6	+ 3,5
Je Beschäftigten	+ 5,2	+ 4,5	+ 2,9	+ 2,8	+ 1,7	+ 1,5	+ 4,2	+ 1,8	+ 3,0
Inflationsrate	+ 5,5	+ 5,9	+ 5,3	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,2	– 0,2	+ 0,2	+ 1,0
Realeinkommen je Beschäftigten	– 0,3	– 1,4	– 2,4	– 0,7	– 0,7	– 0,7	+ 4,4	+ 1,6	+ 2,0

¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr

² Prognose des Frühjahrsgutachtens

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.; DIW-Wochenbericht 18/1988)

Die realen Nettoeinkommen je Beschäftigten übersteigen 1988 erstmals wieder den Stand von 1979.

Die Kaufkraft der Arbeitseinkommen (Summe) wird nach den Annahmen des Frühjahrsgutachtens etwa im Ausmaß des Vorjahres ansteigen und somit weiterhin eine wichtige Konjunkturstütze darstellen. Allerdings ist damit zu rechnen, daß die Preise im zweiten Halbjahr 1988 etwas beschleunigt ansteigen, so daß die Realeinkommensentwicklung sich verlangsamt. Langsamer als 1987, wenn auch noch immer deutlich, steigen die Sozialeinkommen an. Ihre Kaufkraft wird im Jahresdurchschnitt um rund drei Prozent zunehmen.

Hauptursache der stabilen Einkommensentwicklung der drei letzten Jahre ist die große Preisstabilität, welche überwiegend „importiert“ ist, d. h., dem hohen Wechselkurs der DM und den niedrigen Importpreisen zu verdanken ist. Die Verlängerung der konjunkturellen Belebungsphase und die Abmilderung der Abschwungstendenzen in der Gegenwart ist zu einem großen Teil diesem Faktor zu verdanken. Dabei muß allerdings angemerkt werden, daß die Tiefe der zyklischen Krisen von 1974/75 und 1980/82 auch mit dem beschleunigten Anstieg der Importpreise, insbesondere für Erdöl, zusammenhing, durch welche die Kaufkraft der Masseneinkommen in der Abschwungsphase des Zyklus ausgehöhlt wurde.

Bonn hatte sich die Daimler-Benz AG „bereit erklärt“, den Rüstungskonzernen Messerschmitt-Bölkow-Blohm zu beherrschen (vgl. INFO 12/87, S. 7). Die Verhandlungen hierzu waren im Frühjahr 1988 ins Stocken geraten, weil Daimlers Forderungen gar zu unverschämt schienen: Vor allem sollten sämtliche Alt- und Neuschulden aus der Airbus-Produktion (die vorrangig bei MBB läuft) vom Bund übernommen werden.

Anfang Mai hatte man in Bonn ein Konzept gefunden, das auf die Forderungen von Daimler-Benz so weit eingeht, daß eine Einigung wahrscheinlich wird. Planung und Fertigung des Airbus werden aus dem MBB-Konzern ausgegliedert und zu einer eigenständigen Firma umgewandelt. MBB wird sich daran nur zu 30 Prozent beteiligen (gleichwohl das Sagen behalten). Die anderen Anteile – und vor allem die ca. 1 Mrd. Schulden – übernehmen der Bund und einzelne Bundesländer. Da die Daimler-Benz AG ihrerseits an MBB nur eine Minderheitsbeteiligung (gleichwohl die „unternehmerische Führung“) übernimmt, bliebe sie von jeglichen Airbus-Risiken so gut wie ausgeschlossen und behielte doch den Einfluß hierauf. Einer Reprivatisierung der Airbus-Gesellschaft im Falle ausreichen der Profitabilität stünde eines Tages natürlich nichts im Wege.

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

1. Vj.	2. Vj.	1987	3. Vj.	4. Vj.	1988
					1. Vj.
+ 3,7	+ 3,4		+ 3,3	+ 3,3	+ 2,6

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

eine merkliche Entlastung mit sich bringt – welche jedoch lediglich den Anstieg der Steuerprogression stoppt.

3.2 Preise

Die Lebenshaltungspreise haben in den letzten Monaten wieder etwas angezogen, das Niveau der „Inflationsrate“ liegt allerdings immer noch sehr niedrig.

Lebenshaltung 1988

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat	gegenüber dem Vorjahr
Januar	+ 0,2	+ 0,7
Februar	+ 0,2	+ 0,8
März	+ 0,1	+ 1,0
April	+ 0,2	+ 1,0

¹ Alle Haushalte, Preisbasis 1980
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.)

Die gemächliche Preisentwicklung ist vor allem den immer noch (im Vergleich zum Vorjahr) sinkenden Mineralöl- und Erdgaspreisen zu verdanken. Außerdem sind die Nahrungsmittelpreise stabil. Dagegen machen sich bei Wohnungsmieten und Dienstleistungspreisen deutliche Belebungsstendenzen bemerkbar. Der Preisindex für „Dienstleistungen und Wohnungsnutzung“ lag im März 1988 immerhin um 2,4 Prozent über dem Vorjahresstand. Auch langlebige

Gebrauchsgüter werden in ihren Preisen kräftig angehoben, an der Spitze Pkw, die im März 1988 um durchschnittlich 3,4 Prozent teurer waren als im gleichen Vorjahresmonat. Kräftige Aufschläge sind bei den Nahverkehrstarifen (+ 5,4%), bei den „Dienstleistungen der Kreditinstitute“ (+ 8,5%) und bei den Versicherungstarifen (+ 5,2%) zu registrieren.

Für das zweite Halbjahr ist ein deutlicher Anstieg der Preissteigerungsrates im Jahresvergleich zu erwarten. Denn tatsächlich steigen die Verbraucherpreise derzeit in einem jährlichen „Rhythmus“ von rund zwei Prozent, was wegen des statistischen „Basiseffekts“ derzeit noch nicht voll zum Ausdruck kommt.

Die leichte Inflationsbelebung ergibt sich aus dem Wegfall der außerordentlichen Entlastungsmomente, die den rückläufigen Importpreisen zu verdanken waren. Es wird allerdings nur dann zu einer merklichen Preiserhöhung beim Import kommen, wenn der Dollarkurs stabil bleibt oder sich gar erhöhen wird. Kurzfristig sind die Erwartungen der internationalen Devisenspekulation in Sachen Dollar immer noch eher auf weitere Abwertung gestimmt, die Notenbanken halten den Kurs bei etwa 1,70 je DM durch gelegentliche Stützungskäufe. Langfristig ist allerdings doch wieder mit einer gewissen Befestigung des Dollars zu rechnen. Dafür spricht u. a. die Tatsache, daß auch international sich wieder stärkere Preisauftriebstendenzen bemerkbar machen, die Zinsen ansteigen und auch die Rohstoffpreise eher nach oben tendieren – Momente, die die Nachfrage nach der internationalen Leitwährung eher stützen. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß die innere Kaufkraft des Dollars derzeit bei etwa 2,- DM liegt, er also, gemessen an der „Kaufkraftparität“, unterbewertet ist. Die „Kaufkraftparität“ bestimmt zwar keineswegs den Wechselkurs, stellt aber längerfristig doch ein gewisses Orientierungsdatum dar. Kurzfristig allerdings sind erneute Einbrüche beim Dollarkurs nicht auszuschließen. Dafür spricht nicht nur der anhaltende Druck des US-Defizits in der Leistungsbilanz. Es ist auch in Rechnung zu stellen, daß die US-Administration kurz vor den Präsidentschaftswahlen vom November 1988 kaum geneigt sein wird, die Zinsen in den USA kräftig anzuheben, um eine sich verringende Zinsdifferenz zugunsten der USA wieder zu vergrößern.

Im Frühjahr sind die Rohstoffpreise, insbesondere für Industrierohstoffe, deutlich angestiegen. Dagegen sind die Rohölpreise wieder etwas zurückgegangen. Die kurze „Preishausschuss“ scheint allerdings schon im April wieder beendet gewesen zu sein.

Weltrohstoffpreise

	VWD-Index ¹	HWWA-Index ²	
		Ohne Energierohst.	Mit Energierohst.
1981	175	136	241
1982	162	118	229
1983	193	123	209
1984	213	125	205
1985	188	112	197
1986	137	116	143
1987	122	123	148
März 1988	155	144	144

¹ Auf DM-Basis, Index 1972 = 100

² Auf Dollar-Basis, Index 1975 = 100

(Quelle: Frankfurter Allgemeine v. 11. 4. 1988)

Im weiteren Verlauf von 1988/89 wird eine Stagnation bei den Weltrohstoffpreisen erwartet. Auch die übrigen nationalen Preisindizes verweisen auf ein Ende der Phase der absoluten Preisstabilität. Dennoch gibt es keine Anzeichen für ein unmittelbar bevorstehendes Aufflackern kräftiger inflationärer Tendenzen.

Ausgewählte Preisindizes 1988

	Industriepreise		Landwirtschafts-		Import-		Großhandels-	
	(1)	(2)	(2)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	-0,1	+0,1	+1,4	+0,2	-1,0	+0,2	-0,7	
Februar	0,0	+0,4	0,0	+0,3	+0,1	-0,1	-0,4	
März	+0,1	+0,6	-1,6	-0,2	-0,3	+0,2	-0,2	
April	+0,3	+1,3				+0,5	+0,2	

¹ In % gegenüber dem Vormonat

² In % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Längerfristig kann dies aber nicht ausgeschlossen werden. Denn im monetären Bereich hat sich ein Inflationspotential, eine Liquidität, angestaut, die derzeit noch auf die Geld- und Kapitalmärkte gelenkt wird. Dies ist die Grundlage anhaltender Labilität der Finanzmärkte und einer in den letzten Monaten wieder zunehmenden Inflationsfurcht. Immerhin ist festzustellen, daß die Verbraucherpreise im gesamten OECD-Raum (also in der kapitalistischen Welt) im letzten halben Jahr mit einem Jahresrhythmus von 5,2 Prozent gestiegen sind, gegenüber 3,8 Prozent im Jahre 1987.

Für 1989 wird diese Tendenz in der BRD beschleunigt durch vorgeordnete staatliche Preiserhöhungen: Die Postgebühren, die Mineralölsteuer, die Tarife der Kfz-Versicherung (schon ab Mitte 1988) dürften kräftig zur Erhöhung des Preisniveaus beitragen. Da wichtige Tarifabschlüsse eine dreijährige Laufzeit haben und zudem für 1989 nur geringe Anhebungen der Löhne und Gehälter vorsehen, ist für 1989 durchaus eine Reallohnstagnation nicht ausgeschlossen.

3.3 Steuerreform

Noch immer steht die Steuerreform im Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzungen, noch immer sind zahlreiche Details der nach den bisherigen Plänen auf Anfang 1990 angesetzten dritten Stufe ungeklärt. Der Kern der Reform, die Veränderung des Einkommensteuertarifs, scheint aber festzustehen.

Es seien nochmals die durchschnittlichen Entlastungswirkungen der drei Stufen zusammenfassend dargestellt.

Entlastungswirkung der Steuerreform¹

Zu versteuerndes Einkommen	Lohn-/Einkommensteuer in DM				Gesamtentlastung 1981–1990 in DM
	Tarif 81 ²	Tarif 86	Tarif 88	Tarif 90	
10 000	1 271	1 199	1 152	835	436
20 000	3 496	3 420	3 366	2 940	556
30 000	6 542	6 363	6 075	5 358	1 184
40 000	10 506	10 142	9 418	8 070	2 436
50 000	15 069	14 507	13 280	11 097	3 972
80 000	30 394	29 404	26 974	21 979	8 415
100 000	41 236	39 920	37 043	30 758	10 478
150 000	69 139	67 543	64 415	56 649	12 490
200 000	97 141	95 545	92 417	83 148	13 993
1 000 000	545 147	543 551	540 423	507 152	37 995

¹ Grundtabelle, Jahresbeträge

² Der „Tarif 81“ galt bis 1985

(Quelle: Bulletin der Bundesregierung, Sonderausgabe Steuerreform v. 13. 4. 1988)

Festgehalten werden muß, daß fast alle Lohn-/Einkommensteuerzahler per Saldo entlastet werden, selbst wenn man bestimmte Verbrauchsteuererhöhungen und „Subventionsstreichungen“, die Steuererhöhungen für bestimmte Schichtzuschläge und ähnliches einbezieht. Zusätzliche Belastungen bringt die Gesamtreform allerdings für Bezieher von Sozialeinkommen.

Der zweite zentrale Tatbestand ist die Ungleichgewichtigkeit der Entlastungen. Kaum ins Gewicht fällt sie bei den niedrigen Einkommen. Merklich ist sie bei den mittleren Einkommen. Kräftige Einkommensverbesserungen bringt sie den hohen Einkommen. Die Reform ist also ein wichtiger Beitrag zur weiteren Einkommensdifferenzierung – was der Logik der neokonservativen Strategie entspricht. Daß die Reform vergleichsweise unpopulär ist, und daß die Bundesregierung bemüht ist, sie als „sozial ausgewogen“ zu verkaufen, ist ein Beleg für ein politisches Klima, in dem Werte wie Solidarität und soziale Gerechtigkeit höher gestellt sind als Konkurrenz und individuelle Erfolgsmentalität.

Auch nach Abschluß des Reformvorhabens wird die Steuerpolitik einen Schwerpunkt der Wirtschafts- und Sozialpolitik bilden. Für die Jahre nach 1990 steht vor allem eine Reform der Unternehmensbesteuerung an mit dem Ziel, „die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen“ zu erreichen, wie Stoltenberg in seinem „Geleitwort“ zur Darstellung der Gesamtreform bis 1990 formuliert hat.

3.4 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Der Trend bei den Beschäftigtenzahlen ist, glaubt man den vorliegenden Beschäftigungsstatistiken, immer noch leicht aufwärts ge-

richtet. Da die monatlichen bzw. quartalsmäßigen Ziffern aber u. a. auch stark saisonbestimmt sind, sind die aktuellen Ziffern aus den bereits oben dargestellten Gründen mit Vorsicht zu betrachten.

Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft (saisonbereinigt)¹

	1986				1987			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Beschäftigung insgesamt	22 418	22 487	22 576	22 626	22 669	22 706	22 717	22 734
darunter:								
Produzierendes Gewerbe	9 743	9 782	9 810	9 809	9 802	9 788	9 756	9 735
Handel/Verkehr	4 321	4 322	4 327	4 328	4 339	4 338	4 341	4 334
Dienstleistungen	8 105	8 134	8 188	8 243	8 283	8 335	8 375	8 421

¹ In 1000 Personen

(Quelle: DIW-Wochenbericht, 14/88, S. 197)

Rückläufig ist die Beschäftigung weiterhin im Produzierenden Gewerbe, wobei allerdings die milde Witterung die Beschäftigung in der Bauwirtschaft im Winterhalbjahr gestützt hat. Anzunehmen ist, daß sich der rückläufige Trend im Frühjahr deutlicher fortgesetzt hat. Während im Bereich Handel/Verkehr die Ziffern stagnieren, steigt die Beschäftigung im Dienstleistungsbereich weiter an.

Da die relativ günstige Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungsbereich eine internationale Erscheinung ist, sei kurz beleuchtet, worum es sich bei dem Sammelbegriff „Dienstleistungen“ handelt und wo die Zuwächse sich konzentrieren. Grundlage ist hier die Statistik der „sozialversicherungspflichtig Beschäftigten“, die allerdings weder die zahlreicher werdenden „geringwertigen Beschäftigungsverhältnisse“ berücksichtigt noch die Selbständigen und die mithelfenden Familienangehörigen mitzählt. Zudem bezieht der hier verwendete Begriff des „tertiären Sektors“ Handel und Verkehr ein, ist also nicht voll vergleichbar mit der Abgrenzung „Dienstleistungen“ in der obigen Tabelle.

Beschäftigung im tertiären Sektor¹

	Beschäftigte 1986	Veränderung 1986/1974 in 1000	In %
Distribution (Handel u. ä.)	3 740	– 136	– 3,5
Verkehr/Nachrichten	995	– 39	– 3,8
Wirtschaftsbezogene Dienstleistungen			
(Kredit/Werbung/Beratung u. ä.)	1 770	+ 364	+ 25,9
Haushaltsbezogene Dienstleistungen (Friseur/Hotel/Medien u. ä.)	925	+ 125	+ 15,7
Human-Dienste (Bildung/Gesundheit)	2 066	+ 670	+ 48,0
Weitere gesellschaftsbezogene Dienste (Entsorgung/Verbände)	505	+ 169	+ 50,3
Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen	1 425	+ 135	+ 10,5
Tertiärer Sektor insgesamt	10 431	+ 1 326	+ 14,6

¹ In 1000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

(Quelle: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/1988, S. 138)

Der „traditionelle“ Bereich der Dienstleistungen in den Bereichen Handel/Verkehr schrumpft also, trotz des Bedeutungsgewinns der Kommunikationstechnologien. Dort überwiegt der Rationalisierungseffekt. Expandierend, und zwar mit zunehmendem Tempo, sind die „wirtschaftsbezogenen Dienstleistungen“, wobei vor allem der Sektor „Rechts- und Unternehmensberatung“ ins Auge fällt.

Nur wenig hat die Beschäftigung bei den „Haushaltsbezogenen Diensten“ zugenommen, wobei die klassischen Funktionen (Reinigung, Friseur, private Haushalte) schrumpfen, während freizeitbezogene Dienste, also Hotel-Gaststättengewerbe, Unterhaltung usw., merklich expandieren. Das größte Gewicht aber kommt in der Vergangenheit den „Humandiensten“ zu, wobei das Gesundheitswesen im Mittelpunkt steht. Dort sind im Vergleichszeitraum fast 400 000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden, und zwar vor allem im „freiberuflichen Gesundheitswesen“ (also Arztpraxen, private Kliniken usw.) und bei den Krankenhäusern. In den letzten Jahren ist die Expansion in den öffentlichen Bereichen des Gesundheits-

wesens fast zum Stillstand gekommen, während sie sich in den privaten Bereichen weiter fortgesetzt hat.

Die Zunahme bei den „gesellschaftsbezogenen Diensten“ konzentriert sich auf die Expansion der Verbände, vor allem die freien Wohlfahrtsverbände haben ihren Personalbestand kräftig aufgestockt. Im engeren Bereich der staatlichen Verwaltung (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) ist die Zunahme dagegen verhalten geblieben.

Man kann – verstärkt in den letzten Jahren – von einer gewissen Tendenz zur Privatisierung der Beschäftigung im tertiären Sektor sprechen. In den 80er Jahren hat dabei vor allem das Gewicht der wirtschaftsbezogenen Dienste zugenommen, während die in den 70er Jahren vollzogene Expansion der Humandienste nun langsamer verläuft. Am deutlichsten zeichnet sich dieser Trend im Bildungswesen ab: Zwischen 1980 und 1986 ist der Personalbestand beim staatlichen Schulwesen leicht zurückgegangen, während er bei den privaten Schulen um etwa ein Drittel zugenommen hat.

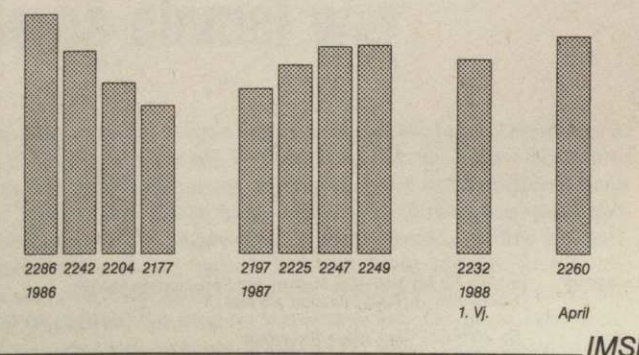
Es ist bekannt, daß die Ausweitung der Beschäftigung in den Dienstleistungsbereichen nicht ausreicht, um den Rückgang der Beschäftigung in der materiellen Produktion im engeren Sinne auszugleichen. Die Arbeitslosigkeit nimmt daher trendmäßig zu. Aktuell, d. h. in der auslaufenden Konjunkturphase, war der Tiefpunkt bei der registrierten Arbeitslosigkeit im letzten Vierteljahr 1986 erreicht, seither tendieren die Ziffern wieder nach oben. Der leichte Rückgang der saisonbereinigten offiziellen Arbeitslosenziffern im ersten Vierteljahr 1988 war Folge des milden Winters. Im März/April sind die Zahlen wieder kräftig angestiegen.

Registrierte Arbeitslose (saisonbereinigte Zahl in 1000)

1986				1987				1988	
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	April
2286	2242	2204	2177	2197	2225	2247	2249	2232	2261

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Beihefte Reihe 4, lfd.)

Registrierte Arbeitslose (saisonbereinigte Zahl in 1000)



Der Abstand zu den vergleichbaren Vorjahresmonaten nimmt wieder zu, nachdem er sich im Winter verringert hatte.

Arbeitsmarkt 1988

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	2519	+22	310	-118	161	+11
Februar	2517	+29	350	-32	174	+9
März	2440	+28	424	-39	190	+10
April	2262	+46	261	-41	193	+14

(1) In 1000 Personen

(2) Veränderungen in 1000 gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahresmonaten nehmen auch die laufenden Arbeitslosenmeldungen zu, stärker als die entsprechenden Arbeitsvermittlungen. Noch trägt die Bundesanstalt für Arbeit durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Entlastung bei. So waren im März 1988 gut 230 000 Personen in Vollzeitmaß-

nahmen der beruflichen Fortbildung untergebracht, fast 30 000 mehr als im März 1987. Im Rahmen von befristeten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen waren 107 000 Personen tätig, 4 000 mehr als vor Jahresfrist. Die Bundesanstalt hat allerdings signalisiert, daß hier keine weiteren Steigerungsmöglichkeiten gesehen würden. Der schmale Überschuß der BA schmilzt dahin, in der zweiten Jahreshälfte dürfte der Haushalt der Arbeitsämter ins Defizit geraten. Es ist wahrscheinlich, daß unter dem Druck der zunehmenden Finanzierungsprobleme – die nicht nur Folge der steigenden Arbeitslosenzahlen sind, sondern auch neuer Lastenverlagerungen auf die Arbeitslosenversicherung durch die Bundesregierung – eher Abstriche an der Arbeitsmarktpolitik gemacht werden. Da zudem die Bundesregierung erklärt hat, das zu erwartende Defizit nicht aus dem Bundeshaushalt decken zu wollen, wird schon heute von einer deutlichen Anhebung der Beitragssätze (um ein Prozent) im kommenden Jahr gesprochen.

chen werde, wären nach seiner Meinung nicht die parteipolitischen Strömungen, sondern die historischen gewerkschaftlichen Traditionen dargelegt worden. Abendroth zählte zu der freiheitlich-sozialistischen Strömung sowohl Sozialdemokraten als auch Kommunisten.

Unterstützt wird Hermann Rappes Position vom Kapital im allgemeinen, aber ganz besonders vom Institut der Deutschen Wirtschaft, namentlich von seinem neuen Mitarbeiter Manfred Wilke, der im „gewerkschaftsreport“, Aprilausgabe dieses Jahres, die Gewerkschaft Holz und Kunststoff verunglimpft, weil die Delegierten des außerordentlichen Gewerkschaftstages im Februar in Koblenz Peeter Raane, der der DKP angehört, in den geschäftsführenden Hauptvorstand gewählt haben. Schon nach dem letzten DGB-Kongreß 1986 vertrat Wilke in der CDU-nahen Zeitschrift „Politische Meinung“ die Auffassung, daß der DGB sich jetzt von einer Einheitsgewerkschaft in eine sozialdemokratische, kommunistische, antifaschistische Richtungsgewerkschaft verändert hätte. Ursache der Attacken von Wilke war, daß der DGB-Kongreß einem Antrag der IG Chemie faktisch nicht gefolgt war. Dieser Antrag wollte den DGB und seine Gewerkschaften festlegen, sich an keinerlei Bündnissen zu beteiligen, in denen auch Kommunisten oder Grüne vertreten sind. Franz Steinkühler konterte auf dem 15. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall im Jahre 1986: „Ich sehe keinen Zugewinn an Stärke, wenn wir dabei unsere Kraft und Phantasie mehr darauf verwenden festzustellen, wer uns unterstützen darf und wer nicht.“

Folgten der DGB und die IG Metall Hermann Rappe, müßten sich beispielsweise die Gewerkschaften künftig aus den Ostermärschen zurückziehen und könnten sich an keinerlei Aktivitäten und Bündnissen gegen neofaschistische Provokationen beteiligen wie überhaupt keinerlei Bündnis mit der Friedensbewegung eingehen, weil dort auch Kommunisten und Grüne aktiv mitmachen.

Wenn die Gewerkschaften sozialreaktionäre Angriffe abwehren und eigene Forderungen durchsetzen wollen, bedürfen sie der Solidarität aus den Parteien, vor allem den Arbeiterparteien und anderen gesellschaftlichen Organisationen wie auch der Kirchen. Ohne dieses Bündnis am Ort wäre zum Beispiel die Gegenwehr, wie wir sie in Hattingen erlebt haben und wie sie heute noch in Rheinhausen beispielhaft praktiziert wird, überhaupt nicht möglich. Unabhängigkeit heißt nicht Verzicht auf Bündnisse. Im Gegenteil. Da die Gewerkschaften kein Parteienersatz sind und auch nicht sein können, muß ihnen daran gelegen sein, daß die politische Arbeiterbewegung mehr Einfluß in Staat und Gesellschaft erhält. Zugleich wird die erforderliche Politisierung der Gewerkschaften gefördert.

Hinsichtlich der Kommunisten wird argumentiert, sie wären angesichts der Wahlergebnisse bei allgemeinen politischen Wahlen keine ernst zu nehmende Größe. Es wäre billig, dagegen zu kontern, daß Herr Zimmermann und der ihm unterstellte Verfassungsschutz das ganz anders einschätzen. Jedoch ist eins auf alle Fälle richtig, daß die Potenz der Kommunisten in den Gewerkschaften größer ist, als das bei Wahlen zu den Parlamenten zum Ausdruck kommt.

Auch was die Zahl ihrer Mitglieder betrifft, brauchen sie sich beispielsweise nicht hinter den christlichen Sozialausschüssen zu verstecken. Während die rund 40 000 Mitglieder der DKP fast ausnahmslos Mitglieder der Gewerkschaft sind und viele Tausende in betriebliche und gewerkschaftliche Funktionen gewählt werden, verfügen die christlichen Sozialausschüsse über wesentlich weniger Gewerkschafter. Von den 32 000 in der CDA erfaßten Arbeitnehmern sind nur 19 000 gewerkschaftlich organisiert, davon haben lediglich 9 000 das Mitgliedsbuch einer DGB-Gewerkschaft in der Tasche. Die restlichen 10 000 gehören den Spalterorganisationen Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, DAG oder dem Beamtenbund an.

Ich persönlich würde mir eine starke SPD und auch eine gestärkte DKP wünschen. Beide Arbeiterparteien wären ein großer Gewinn für die Gewerkschaften. Sie würden ganz im Sinne von Wolfgang Abendroth mithelfen, gewerkschaftliche Zielvorstellungen einer anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die sich nach dem DGB-Grundsatzprogramm an den Interessen der Arbeitnehmer orientiert, zu verwirklichen.

Jürgen Ganss

Aufgrund der Fülle der Diskussionsbeiträge möchte ich einige Gedanken sehr gestrafft und nur thesenhaft vortragen. Die Grundlage dafür sind auch die von den Betriebsratsvorsitzenden genannten Probleme und ihre Anforderungen an die Parteien.

1. Wir haben es mit einem gewaltigen Konzentrationsprozeß in unserer Region zu tun. Exemplarisch dafür sind solche Betriebe zu nennen wie MAN, die zur GHH gehört, Triumph Adler, das vom italienischen Multi Olivetti geschluckt wurde, Grundig gehört zum holländischen Multi Philips und die AEG zum Daimler-Konzern. Sie repräsentieren also eine ungeheure ökonomische und politische Macht.

2. Gegen solche Mächte sind einzelne Belegschaften, die isoliert kämpfen, absolut chancenlos. Wie wollen 1100 Kolleginnen und Kollegen bei AEG-Kanis erfolgreich gegen den Giganten Daimler angehen? Es kommt also darauf an, wirklich eine ganze Region zu mobilisieren. Wir müssen deutlich machen, daß der Kampf um Arbeitsplätze und Standorte Bedeutung für die Region hat.

3. Sind einzelne Belegschaften allein auch chancenlos, so sind ihre Kämpfe doch aber Voraussetzung und Kernstück eines Kampfes. Man solidarisiert sich schwer mit jemandem, der nicht kämpft. Dazu ist die in der Nürnberger IG Metall entwickelte Strategie des Kampfes um „Beschäftigungspläne statt Sozialpläne“ eine mobilisierende Strategie und eine, die bei realer Berücksichtigung des Kräfteverhältnisses erfolversprechend ist.

4. Wir, die DKP, sind dafür, daß das „rote Mittelfranken“ gemeinsam für seine Zukunft eintritt. Dabei ist kleinliche Konkurrenz zwischen den Städten, Gemeinden und Landkreisen auszuschalten. Der Ballungsraum ist so eng, daß Arbeitslosigkeit oder wirtschaftlicher Auf- und Abschwung „grenzüberschreitend“ sind. Ein Nürnberger, der in Fürth arbeitslos wird, liegt dem Nürnberger Sozialamt auf der Tasche und umgekehrt. Wir müssen deshalb alle politischen Kräfte des Ballungsraums zusammenbinden gegen die geballte Macht derer, die Strukturen zerschlagen und Regionen niedergehen lassen. Dabei gilt es, den engen Rahmen in diesem wirtschaftlichen und politischen Staatssystem, der der Region gelassen wird, maximal zu nutzen.

5. Ich begrüße die Position unseres sozialdemokratischen OB, der auf seiner Ostermarschrede in Nürnberg dazu aufgerufen hat, aus Nürnberg eine „Metropole des Friedens“ zu machen. In enger Verbindung damit und unter Berücksichtigung geschlossener und geplanter Städtepartnerschaft mit Städten im Sozialismus müssen wir auch „Drehscheibe im Ost- und Westhandel“ werden. Die neuen Entwicklungen in der UdSSR bieten dafür neue Chancen auch für die Zukunft unserer Region.

Krupp und Rheinhausen: Nichts ist, wie es einmal war

Die Auseinandersetzungen um die Krupp-Hütte in Rheinhausen sind zu Ende. In mehr als fünf Monaten Kampf haben die Stahlwerker und die Bevölkerung in Rheinhausen erbittertsten Widerstand gegen den Kahlschlag des Krupp-Vorstandes geleistet. Mit einer noch nicht dagewesenen Konsequenz, großer Solidarität und festem Willen haben Zehntausende Menschen für ihre Hütte und die Arbeitsplätze, für die Zukunft ihrer Stadt und ihrer Kinder gestritten. Sie sind im November vergangenen Jahres angetreten unter der Losung: „Die Hütte bleibt! Rheinhausen muß leben! Erhalt aller Stahlstandorte“, um so für ihre ureigensten Interessen zu handeln.

Während dieser vergangenen Monate des Kampfes hat sich viel um

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1.

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus. Abschnitt 1.4 wurde von Elvio Dal Bosco, Abschnitt 2 von Gert Hautsch verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 18. 5. 1988. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr. 18, Postfach 900749, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 48,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 4,- DM, Jahresabonnement 15,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.